

Bezugspreise:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 1.- Reichsmark...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Raumverteilung 50 Pfennig...

Einzelnen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 24. März 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Der Reichstag für Locarno.

Annahme des Billigungsantrags mit den Stimmen der Sozialdemokraten.

Der Reichstag lehnte in einfacher Abstimmung zunächst ein kommunistisches Mißtrauensvotum...

In namentlicher Abstimmung wurde das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen...

Zu dem von den Dörlischen eingebrachten formellen Vertrauensvotum für die Regierung lag ein Antrag der Regierungsparteien...

Der Billigungsantrag der Regierungsparteien, über den zuletzt abgestimmt wurde...

Nicht der erste, sondern der zweite Tag war diesmal der „große“ Tag der Reichstagsdebatte.

Am Montag hatte man eine Rede gehört, die mit allgemeiner Spannung aufgenommen wurde...

Von dem, was kommen sollte, gab die erste Rede, die des Dörlischen Grafen Reventlow...

Keine angenehme Situation für den folgenden Redner Breitscheid. Aber die heilige Einsicht der Dörlischen hilft ihm.

Und wie immer hat er auch etwas zu sagen. Wie er mit kritischer Schärfe die nationalistiche Demagogiepolitik zerfasert...

Inzwischen spielen sich auf der Tafel, die die Reihenfolge der Redner verkündet, bemerkenswerte Dinge ab.

Tirpitz — Klang aus vergangener Zeit! „Flaggoffizier in unverantwortlicher Stellung“.

Tirpitz hat oft als Marinestaatssekretär im Reichstag gesprochen, lang, lang ist's her.

Dieser Mann, der soviel von Deutschlands Unglück auf dem Gewissen hat...

des Reichstags. Aber die hält. Und die rednerische Hisslosigkeit des alten Mannes...

Während der Tirpitz-Rede neue Kenderung der Redner-tafel. Als erster hinter Tirpitz steht jetzt Müller-Franken...

Hermann Müller rechnet kurz, ruhig und scharf mit dem Großadmiral des Kaisers ab.

Und endlich heulen die Sirenen: gegen 4 Uhr ist die Stunde der Abstimmung da.

Bei erheblich vermindertem Interesse dauert die Sitzung aber noch weiter fort.

Chamberlain verteidigt sich.

Widerspruchsvolle Angaben. — Angriffe von Lloyd George und Macdonald.

London, 23. März. (Eigener Drahtbericht.) Die große Aussprache im englischen Unterhaus über die Genfer Verhandlungen wurde heute nachmittags durch

Lloyd George

eröffnet. Dieser führte aus: „Die Ideen des März haben ihren Abschluß in einer Tragödie gefunden.“

zu jenem unwürdigen Intrigenpiel hergegeben.

das das traurige Ende der Völkerverhandlung verursachte. Wie hat man unter diesen Umständen...

Chamberlain

ergriff darauf das Wort zu seiner angekündigten Erklärung und sagte: Ich bedaure, daß Lloyd George seine Anklagen gegen mich nicht genauer formuliert hat.

Zum Schluß hat mir Lloyd George vorgeworfen, ich hätte nicht in Geheimverhandlungen die heissen Themen der letzten Völkerverhandlung...

Ich habe demgegenüber feststellen: Als ich Briand im vergangenen Dezember sprach, benutzte dieser die Gelegenheit, um sich mit mir über die zurzeit schwebenden Fragen...

etwaige polnische Ansprüche hinsichtlich des Völkerverbundes und der Zuteilung eines ständigen Ratsbüros an Polen unterstützen zu wollen.

Ich habe mir keineswegs einfallen lassen, bei dieser Unterredung englischerseits eine Unterstützung Briands bei der Vorbereitung der polnischen Frage zuzusagen...

Ich habe diese Feststellung bereits vor meiner Abreise nach Genf klar und deutlich formuliert, und ich wünsche, daß man diese Feststellung ebenso wörtlich glaubt, als ich sie gegeben habe.

Selbst Deutsche, mit denen ich Gelegenheit hatte zu sprechen, haben mir einen solchen Vorwurf nicht gemacht.

meine gegebene Rolle als Vermittler und Vermöhner zu spielen. Nun aber die Gegenseite: Deutschland wollte auf keinen Fall vor seiner offiziellen Aufnahme in den Völkerverbund...

auf deutscher Seite bestand kein Anspruch darauf, Deutschlands Aufnahme von bestimmten Voraussetzungen abhängig zu machen.

anderen Seite aber habe ich ebensowenig Veranlassung, Klage über das Verhalten anderer Delegationen zu führen. Deutschland blieb bei seinem prinzipiellen Standpunkt und war nicht davon abzubringen, daß ein Abweichen von dem einmal ausgesprochenen Standpunkt für die weiteren Verhandlungen unmöglich machen würde. Für mich war, auch im Hinblick auf die in Locarno gepflogenen Verhandlungen, dieses starre Festhalten der deutschen Delegation an ihrem Prinzipienstandpunkt ebenfalls eine Ueberraschung und für uns alle Gegenstand lebhaftesten Bedauerns.

#### Meine Instruktionen

glaube ich recht verstanden zu haben, wenn ich versuche, der Genfer Tagung zu einem erfolgreichen Verlauf zu verhelfen; dann aber, als sich die Situation änderte, unter folgenden Gesichtspunkten weiter arbeitete:

1. daß keine Änderung im Völkerbundrat vorgenommen werden sollte, die die Wirkung haben würde, den Eintritt Deutschlands zu verhindern oder zu verzögern;
2. daß es am besten sein würde, wenn Deutschland als Mitglied des Völkerbundrats die volle Verantwortlichkeit für irgendwelche weitere Veränderung im Rate außer seiner eigenen Zustimmung haben sollte;
3. daß die Regel, wonach nur Großmächte ständige Mitglieder sein sollten, im Prinzip ausreicht erhalten werden sollte;
4. daß Spanien in einer Sonderstellung sei und eine Ausnahmebehandlung beanspruchen könnte;
5. daß weder Polen noch Brasilien gegenwärtig ständige Sitze haben sollten, daß aber Polen sobald wie möglich ein nichtständiger Sitz gegeben werden sollte.

Nach diesen Gesichtspunkten habe ich nun tatsächlich gearbeitet. Mein erstes, als ich nach Genf kam, war, die Locarnomächte zusammenzurufen. Diese Besprechungen wurden im Rat fortgesetzt. Ueber die weitere Entwicklung kann ich nur sagen, daß auffallende Erscheinungen, wie der freiwillige Verzicht Schwedens, die Folgeerscheinungen dieser Ratsbesprechungen waren. Auch von einem äußeren Zwang oder Druck, wie sich die Presse ausdrückte, konnte nie die Rede sein. Ich habe jedenfalls weder auf die Haltung Schwedens noch auf die irgendeiner anderen Delegation irgendwelchen Einfluß ausüben versucht. Ich erkläre hiermit feierlich: Ich konnte nicht damit rechnen, daß, nachdem sich alle anderen Nationen fast einstimmig zu einer Lösung bekannt hatten, die Schwierigkeiten, die Brasilien in die Angelegenheit brachte, schließlich noch zu der Unmöglichkeit führen würden, den schon sicheren Erfolg zu verlieren.

Nach einem WTB-Bericht sagte Chamberlain u. a. noch: Mein Land hat, bevor dies in Genf bekannt wurde, mit Ausnahme Brasiliens und Deutschlands davon gewußt, daß Brasilien allein von allen Mächten auf die deutsche Anfrage vom September 1924 eine Antwort erteilt hatte, in der es ablehnte, sich zu verpflichten, Deutschlands Wahl für einen ständigen Sitz im Völkerbundrat im Voraus zu unterstützen und in der es erklärte, dies sei eine Frage, die der Völkerbund selbst erörtern müsse.

Chamberlain fragte, ob nicht diese Antwort Deutschland hätte veranlassen müssen, auf der Hut zu sein.

Im weiteren Verlauf seiner Rede brachte Chamberlain zum Ausdruck, daß er zurücktreten würde, wenn die heutige Abstimmung ablehnend ausfalle.

#### Ramsay MacDonald

der nach Chamberlain sprach, erklärte, wenn Chamberlain sich einbilde, daß der Name und der Einfluß Großbritanniens höher oder ebenso hoch sei wie zu irgendeiner Zeit seit dem Kriege, so sei das Willkür, was er dazu sagen könne, daß Chamberlain nicht die Haltungen lese und nicht die Ansichten der auswärtigen Länder kenne. Chamberlains Haltung habe zu dem jämmerlichsten Mißerfolg geführt, dem die britische Diplomatie gegenüberzutreten habe. England habe sich eingelassen mit einer Diplomatie, die dem Völkerbund selbst feindselig sei und habe

den Völkerbund in Verwirrung und Trauer zurückgelassen, während in Europa ein Synismus herrsche, wie man ihn seit dem Kriege nicht gekannt habe. England nehme eine viel niedrigere Stellung ein, soweit sein Einfluß in Betracht komme.

Der konservative Lord Hugh Cecil, der auf MacDonald folgte, warf diesem vor, daß er seine Rede vorbereitet habe, bevor er Chamberlains Erklärungen gehört habe. Er sagte, er sehe nichts in

dem, was in Genf geschah, was vom Standpunkt der Aufrechterhaltung des Friedens schädlich sei. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich schienen freundschaftlicher geworden zu sein. Was in Genf geschehen sei, zeige kein Zurückweichen vom Gedanken der Einheit unter den Nationen.

Der liberale Führer Sir John Simon erklärte, man greife nicht Chamberlains Ehre an, sondern kritisiere sein Urteil. Die Tragödie von Genf sei nicht darauf zurückzuführen, was dort geschah, sondern darauf, was in der Zeit zwischen Locarno und Genf geschah. Es sei unmöglich zu glauben, daß je in Locarno beabsichtigt war, irgendeine weitere Vermehrung des Völkerbundes außer durch Deutschland einzutreten zu lassen. Simon fragte, ob im Dezember oder zu irgendeiner anderen Zeit zwischen Locarno und Genf in Paris oder anderswo Chamberlain Briand, wenn auch noch so informell, den Eindruck übermitteln habe, er stehe persönlich dem Gedanken nicht ungunstig gegenüber, daß Polen oder andere Länder weitere Ratsmitglieder würden.

Der Arbeiterführer Bedgwood erklärte, Chamberlain habe die Vertretung der Ansicht Englands Schweden übergeben. Statt Führer des Völkerbundes zu sein, sei England der Handlanger eines anderen Landes geworden.

Obgleich die Rede Chamberlains bisher in Berlin nur unvollständig vorliegt, sind einige Randbemerkungen schon jetzt am Platze: Der englische Außenminister hat zunächst entschieden bestritten, daß er Briand gegenüber irgendwelche Bindungen eingegangen wäre. Dazu ist zu bemerken, daß in Genf namentlich von französischer Seite immer wieder erklärt wurde, daß Briand die polnischen Wünsche nur deshalb so energisch unterstützt habe, weil er zu seiner eigenen Ueberraschung durch Chamberlain dazu vorher ermutigt worden wäre. Indessen hat Chamberlain selbst im Laufe seiner Rede sein kategorisches Dementi sachlich eingegrenzt, indem er zugab, daß er mindestens Spanien gegenüber ein Versprechen abgegeben hatte. Darüber hinaus hat er ferner zugestanden, daß er seine Instruktionen so aufsahe, daß er Polen sobald wie möglich zu einem nichtständigen Sitz verhelfen sollte. Infolgedessen erscheint seine gestrige Beweisführung ebensowenig klar wie seine ganze Haltung während der Genfer Verhandlungen.

Wenn er weiter bestritt, daß er in Genf irgendeinen Druck auf Schweden ausgeübt habe, so ist dies eine ganz einseitige Behauptung. Zur richtigen Beurteilung dieses Punktes ist es mindestens so wichtig, die Ansicht der anderen Teilnehmer an den Verhandlungen, insbesondere des schwedischen Vertreters, darüber zu hören.

Interessant ist der Vorwurf, den der britische Außenminister gegen die Wilhelmstraße erhebt, daß sie ihn und die anderen Mächte nicht bereits vor Genf auf die zweideutigen Wendungen in der Antwort Brasiliens an Deutschland vom Herbst 1924 aufmerksam gemacht habe. Es ist zwar richtig, daß diese Antwort im Ganzen als eine Zusage aufgefaßt werden mußte, aber eine aufmerksame und misstrauische Lektüre hätte in der Tat stutzig machen können. Es fragt sich insbesondere, ob der Vertreter des Deutschen Reiches in Rio de Janeiro genügend diplomatische Hellhörigkeit gezeigt und ob er die Wilhelmstraße auf etwaige brasilianische Hintergedanken aufmerksam gemacht hat. Wenn ja, so wäre es allerdings die Aufgabe des Auswärtigen Amtes gewesen, die übrigen Ratsmächte rechtzeitig auf mögliche Ueberraschungen vorzubereiten.

### Genf-Debatte in Warschau.

#### Strzynski gegen Brasilien.

Warschau, 23. März. (W.T.B.) Ministerpräsident und Außenminister Graf Strzynski nahm heute im Auswärtigen Ausschuss des Landtags das Wort, um die angeforderten Erklärungen über die letzte Session des Völkerbundes abzugeben. Graf Strzynski führte u. a. aus: Die Beratungen in Genf haben im Zeichen des liberum veto gestanden. (Bereits in Genf wurde, als der Widerspruch Brasiliens bekannt wurde, allgemein an das System des liberum veto erinnert: das war ein durch die polnische Verfassung

im 18. Jahrhundert vorgesehene Recht eines jeden einzelnen Mitgliedes, durch seinen Widerpruch die Bestimmungen unwirksam zu machen. In dieser sinnlosen Einrichtung ist der polnische Staat damals zugrunde gegangen. Red. d. B.) Sicherlich ist ein solcher Einspruch das Recht eines jeden Staates, der dem Völkerbund und seinem Rat angehört. Es geht aber nicht an, daß ein solches Veto, wie es zu Beginn und am Ende der Genfer Beratungen in Erscheinung getreten ist, einen einstimmigen Beschluß in Fragen allgemeiner Natur, von denen der Friede Europas abhängt, verhindert. Polens Forderung war der gleichzeitige Eintritt mit Deutschland in den Völkerbund. Dies wollten wir nicht aus Prestige-Gründen, sondern weil wir glaubten, daß eine Sicherung des Friedens und eine Vorbereitung der moralischen Wiederrichtung nur möglich ist, wenn wir gemeinsam mit Deutschland an dem Ratessitz sitzen. Neunzig vom Hundert der in Genf versammelten Völker der Welt haben die Berechtigung unserer Auffassung ebenso wie die Friedfertigkeit unserer Politik anerkannt. Graf Strzynski schloß mit der Bemerkung, daß er in dieser veränderten Auffassung der Welt über Polen die Gewähr erhöhter Sicherheit des polnischen Staates erblicke.

In der sich an die Rede des Ministerpräsidenten anschließenden Debatte nahm der Abgeordnete Sironski (Christl.-nat.) das Wort, der u. a. ausführte: Das Veto von Locarno ist nichts anderes als eine neue Gefahr für den Frieden im Osten. Es war ein Glück für Polen, daß der Kampf unterbrochen wurde. Polen hat bis zum September sechs Monate schwerer Arbeit vor sich.

#### Einstimmigkeit für Vandervelde.

Brüssel, 23. März. (Eigener Drahtbericht.) Der auswärtige Ausschuss der belgischen Kammer billigte am Dienstag einstimmig die Haltung der belgischen Delegation in Genf.

### Moskau und die Abrüstungskonferenz.

#### Zur Teilnahme bereit — nur nicht in der Schweiz!

Moskau, 23. März. (W.T.B.) Die Sowjetregierung hat beschlossen, durch ihre Vertreter in Berlin, Paris, Rom und London mitwirken zu lassen, daß sie keineswegs ihren Standpunkt dem Völkerbund gegenüber geändert habe und daß sie an der Abrüstungskonferenz teilnehmen werde, wenn diese in Wien, Prag oder einer französischen Stadt stattfinden werde. Wie in Moskau verlautet, wird Kansen die Vermittlung in dieser Angelegenheit übernehmen, da man hofft, daß Kansen, der in sehr guten persönlichen Beziehungen zu Tschitscherin steht, mit einer solchen Vermittlung großen Erfolg haben wird.

Die Sowjet-Regierung will ausschließlich aus Prestige-Gründen ihren Standpunkt durchsetzen, daß sie, solange sie nicht von der Schweiz wegen der Boronitski-Affäre volle Genugtuung erhalten hat, an keiner Abrüstungskonferenz teilnehmen will, die auf Schweizer Boden stattfindet. Gegenüber der kleinen Schweiz kann sich das russische Riesentier diese Haltung erlauben, gegenüber einer Großmacht würde es viel kleinlauter sein, besonders wenn es politische oder wirtschaftliche Vorteile von ihr erhofft. Es fragt sich nun, was wichtiger ist: die Teilnahme Sowjet-Rußlands an einer internationalen Abrüstungskonferenz zu sichern oder eine Solidarifizierung mit der Schweiz. Nur aus realpolitischen Gründen sind wir dafür, daß man in diesem Falle Sowjet-Rußland gegenüber nachgibt, und sei es nur, um ihm den Vorwand zu nehmen, einer Konferenz fernzubleiben, auf der es Farbe wird bekennen müssen. Dann wird sich bald herausstellen, ob die Sowjet-Regierung mit ihren bisherigen Äußerungen defensive oder imperialistische Ziele verfolgt hat.

Im übrigen: wenn die Bolschewiki glauben sollten, daß ihr Prestige, falls sie in diesem diplomatischen Kampf gegen die Schweiz „sagen“ könnten, in der Welt erhöht werden würde, so täuschen sie sich. Denn außer den Anhängern der Dritten Internationale wird jedermann empfinden, daß die Sowjet-Regierung mit ihrem Vorgehen gegen die Schweiz nur in den Spuren Iswolskys wandelt und daß sie über noch viel schlimmere Dinge als den Freispruch des Boronitski-Mörders Conradt beide Augen zudrücken würde, wenn es sich z. B. um ihre rechtliche Anerkennung durch die Vereinigten Staaten oder um eine groß-englische Anleihe handelte.

## Das neue Pergamon-Museum.

Von Werner Hegemann.

Die wenigsten Laien (und den Architekten geht es nicht besser) haben sich bisher eine zusammenhängende, sinnliche Vorstellung von der Entwicklung der alten Baukunst machen können. Selbst der im Süden Reisende kann sich eine solche Vorstellung nur mühsam zusammenstücken. Das Pergamon-Museum wird eine einzigartige Möglichkeit bieten, den Leistungen der Alten näherzukommen. Als ich mit seinem Schöpfer, Theodor Wiegand, in diesen Tagen die neuen Räume besuchte, durfte ich noch wenig aufgestellt. Die Schätze stehen entweder noch am Boden oder die ganz großen Stücke sind erst probemäßig in mostenhaften Modellen in natürlicher Größe an den hohen Wänden angebracht. Aber auch so ist der Eindruck schon sehr stark. Es ist die Entdeckung von Pergamon, human und konzern, den Pergamon-Arten nach Berlin gebracht, waren sie darauf bedacht, dieses Glanzstück hellenistischer Zeit einzureihen in eine vollständige Vorführung der antiken Baukunst vom 6. Jahrhundert v. Chr. bis zum 2. Jahrhundert n. Chr. So wurden auch von anderen Gebäuden, Tempeln, Hallen, Toren, Mosaischen wichtige Proben mitgebracht, jeweils die entscheidenden Stücke, so daß die getreue Ergänzung leicht ist. Die Ausgrabungen von Olympia, von Magnesia, Milete, Priene, Baalbek und Samos haben nun solche Systeme antiker Bauten in Marmor und Kalkstein geliefert, daß man an prachtvollen Originalstücken die Entwicklung der antiken Baukunst verfolgen kann. Dabei ist der ältere dorische Stil durch Olympia, der jüngere durch Pergamon, die jonische Baukunst in Werkstücken der großen Hauptmeister und Lehrer des Vitruv, Ptochos von Priene und Hermogenes von Magnesia vertreten. Dann öffnet sich der gewaltige Althar von Milete mit seiner glänzenden Verbindung von Reliefplastik und feinsten hellenistischer Säulenarchitektur. Endlich betritt man den Saal der römischen Epoche, in dem der korinthische Stil herrscht. Die Reste des Trajanstempels von Pergamon, Werkstücke der ihn umgebenden Halle, Proben vom Caracalla-Tempel, vom Jupiter-Tempel und Säulenhof des syrischen Baalbek bieten sich zum Vergleich dar. Dazwischen sollen Skulpturen von besonders monumentalen Abmessungen stehen, und den Boden soll ein großes Mosaik schmücken. An der Westwand des römischen Saales soll sich in allen seinen wesentlichen Schmuckteilen das vielbesprochene Marmorrelief erheben, das einst den Eingang zum Markt von Milete bildete: ein Tor mit drei Bogentüren und leichten, überraschend elegant wirkenden Säulentabernakeln, zwischen denen große Marmorstatuen stehen werden. Dieses Markttor ist der beste Vertreter des zu barocken Formen neigenden Stiles der späteren Kaiserzeit. Die feinsten Labernakelarchitektur dieses Bauwertes vermittelt den Eindruck eines antiken Bühnenhintergrundes, wie er in gedachten Theatern, z. B. des Delos des Herodes Attikos zu Athen und dem kleinen Theater zu Ephesus, vorhanden war. Man darf hoffen, daß vielleicht die Weltbühne hier einmal ein altes Lustspiel aufführt. Alfred Ressel hat für alle diese Schätze geeignete Räume entworfen. Bedauerlich ist, daß der schwere Geldmangel die Gefahr einer Verkümmern des großen Planes heraufbeschwört. Auch gegen Verständnislosigkeit des großen Gedankes zu kämpfen. Geheimrat Wiegand wandte sich neu-

lich im „Hamburger Fremdenblatt“ (11. März) gegen den, wie es scheint, auch hier wieder irreführenden Karl Scheffler, weil sich Scheffler, wie Wiegand mittelst, für den abenteuerlichen Gedanken einsetzt, man könnte die Vorführung der klassischen Baukunst durch Weglassung der für die Wirkung notwendigen Unterbauungen und Zwischenstücke so zusammenzudrängen, daß im südlichen der drei Säle die islamische Abteilung und die große Mithras-Fassade Platz finden kann. So abenteuerlich dies klingen mag, so wenig darf es bei einem Mann wie Scheffler, der die Gotik als „chinesischen Popstil“ entdeckt hat, wundern, daß er hellenistische und islamische Baukunst durcheinandermengen will. Theodor Wiegands Einwände über die neue Schefflererei ist begründet, und man darf hoffen, daß wir vor diesem „Geiste der Gotik“ beschirmt werden.

### Wenn er noch lebte...

Von Alfred Frische.

Heute traf ich wieder die Frau, die bis zum Kriegsende den Gemüseladen, in dem wir immer kauften, besessen hatte. Ihre Familie war nicht groß: die Frau, der Mann und ein Sohn. Es war ein stiller, kräftiger Sohn. Mein Schulfreund war er gewesen. Nach der Schulentlassung hatten sich unsere Wege getrennt. Meine Mutter kaufte zwar noch immer in dem Gemüseladen seiner Eltern, aber das konnte uns Jungen nicht binden. Wir gingen jeder einen anderen Weg. Er trat — seine Eltern wollten es — in eine Marineschule ein und ich schloß mich der sozialistischen Jugendbewegung an. Und dann traf ich manchmal meinen ehemaligen Schulfreunden im Baden seiner Eltern. In blauer Marineuniform stand er hinter dem Badestisch. Das mußte ihm der Reich lassen: schmutz sah er aus. Wie ausgestellt zur höheren Ehre seiner Eltern. Die Mutter vor allem wußte nicht, wozu mit der Freude über ihren Helmut, der nun ein „lieber, blauer Junge“ war. Dem ganzen Kundentreife wurde er angepriesen. Wenn er, in seiner Matrosenuniform, aus dem Baden auf die Straße trat, stand seine Mutter mit strahlendem Gesicht in der Badentür und sah ihrem Helmut nach.

Da brach der Krieg aus. Eine große, schwarzweißrote Fahne hing über dem Gemüseladen. Helmut wurde eingezogen. Zu den Matrosen. Aber auf ein Schiff kam er nicht. Er verblutete in Flandern.

Die Eltern waren fassungslos. Die Mutter wie geistesgestört. Ihr ... Helmut ... Der Krieg hatte ihn genommen.

Der Gemüseladen wurde verkauft. Kurz vor dem Kriegsende. Warum das Geschäft noch halten? Für wen? Helmut war tot! Und Vater und Mutter müde, alt, zerbrochen.

Und heute traf ich also die Mutter. Nach vielen Jahren. Sie hatte aber nicht vergessen, daß ich ihres Sohnes Schulfreund gewesen war. Ihr Helmut war mir nur einen Jahrgang voraus gewesen. Und darum hatte er in den Krieg gemußt, war er ... gefallen.

Der Schmerz um den toten Sohn war von der Mutter, die vor mir stand, noch nicht gewichen. Wir sprachen darum nur von ihrem Helmut. Und versuchten immer wieder die Frage zu beantworten, die schon von diesen Menschen gestellt worden ist: warum mußte gerade er fallen? Und in dem Augenblick, in dem die Mutter die

Frage ausgesprochen hatte, marschierte ein Trupp junger Burken an uns vorbei. In grauen Uniformen. Mit schwarzweißroten Abzeichen. Mitglieder des „Stahlhelm“. Steif im Gang und mit militärischem Nachdruck im Schritt. Und in diesem Augenblick, sagte mir die Frau, die vor mir stand: „Wenn er noch lebte ... wenn mein Helmut noch lebte ... dann wäre er auch dabei!“

Ja, wenn er noch lebte, dann würde er dahin gehen, wo der Krieg geboren wird, der Krieg, der ihn und eine ganze blühende Jugend verschlungen hat. Und die Mutter würde wieder maßlos stolz auf ihren Sohn sein. Denn die Frage — die ewige Frage! — „warum gerade er gefallen ist?“, hätten dann die anderen voll Bergweisung an das Schicksal zu richten ...

„Joseph in Ägypten“ als Sendespiel. Rehns Oper „Joseph in Ägypten“, die insolge ihres wenig Bühnenwirksamen Textbuches nie die Liebe des Publikums recht zu erlangen vermochte, zeigt nun in einer Uebersetzung von der Sendebühne, daß alle ihre Mängel auch Vorteile sein können. Die unempfindliche und eigentlich recht wenig dramatische Handlung stellt an die Phantasie der Hörer geringe Ansprüche, und selbst die sehr schlechte Verbeugung von Wiltmann, die der Oper zugrunde gelegt wurde, erschwert das Verständnis nicht. Die Einfachheit der Komposition, die musikalische Breite, die Gefühlsschärfe trotz des Fehlens starker tragischer Akzente, sichern aber der Musik Entgegenkommen einer großen Schar, die dem ausgeprochenen Oratorium bezogen oft fern bleibt, weil das Fehlen der Verbindungsglieder zwischen den einzelnen Gesangsnummern sie doch stört. Bruno Seidler-Winkler hätte, um tote Stellen zu vermeiden, die Prosaletzen melodramatisch untermauert, so daß einheitliche Linien gewohnt wurden, die sonst oft durch den schroffen Wechsel von Gesang und gesprochenem Wort empfindlich unterbrochen werden. Von den Ausführenden seien noch Eugen Transki als Joseph, Louis van dem Sande als Jakob, Max Spicker als Simen und Violetta Schadow als Benjamin genannt. Tes.

Schutz der Tier- und Pflanzenwelt. Wie der Antike Preussische Pflanzenschutz einem Erlaß des preussischen Unterrichtsministers entnimmt, hat die staatliche Stelle für Naturschutzpflege in Preußen ein Flugblatt herausgegeben, in dem an die Jugend die Bitte gerichtet wird, bei Ausflügen usw. mit der Tier- und Pflanzenwelt schonend umzugehen. Die Flugblätter, die zur Verteilung an die Schüler geeignet sind, können in Päckchen zu je 50 Stück zum Preise von 1 M. von der Geschäftsstelle der staatlichen Stelle für Naturschutzpflege in Preußen, Berlin-Schöneberg, Grunewaldstr. 6/7, bezogen werden.

Staatsoper. Die für das Dirigentenamt des Richard Strauss vorbereitete und wegen Erkrankung von Wocaner abgelehnte Reinszenierung der „Friedensfeier“ geht nunmehr am 8. April unter musikalischer Leitung von Generalmusikdirektor Leo Blech in Eggen.

Reife Sonnenfeste. Auf der Sternwarte in Vulkowa in Ostpreußen wurde eine Gruppe neuer großer Sonnenfeste entdeckt, die selbst ohne Fernglas erkennbar sind. Einige dieser Feste betragen das Neunfache des Umfanges der Erde.

# Das Volksbegehren.

Das Ergebnis von 29 Wahlkreisen.

Beim Reichswahlleiter lagen am 23. März, nachmittags die vorläufigen Ergebnisse des Volksbegehrens aus weiteren Wahlkreisen vor, nämlich: Wahlkreis 3 (Potsdam II), 4 (Potsdam I), 5 (Frankfurt a. d. O.), 8 (Siegung), 13 (Schleswig-Holstein), 14 (Weiser-Ems), 17 (Westfalen-Nord), 24 (Oberbayern-Schwaben). Insgesamt sind bisher

in 29 Wahlkreisen 10 936 852 Eintragungen

gezählt. Es stehen noch 6 Wahlkreise aus, nämlich: 1 (Ostpreußen), 7 (Breslau), 10 (Magdeburg), 25 (Niederbayern), 34 (Hamburg) und 35 (Mecklenburg), ferner 24 Bezirksämter des Wahlkreises Franken.

Vergleicht man die Zahl der Eintragungen in den neu gemeldeten Wahlkreisen mit der Zahl der Stimmen, die bei der letzten Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 auf Sozialdemokraten, Unabhängige Sozialdemokraten und Kommunisten in diesen Wahlkreisen entfallen sind, so ergibt sich folgendes Bild:

Wahlkreis	Eintragungen	Stimmen bei der letzten Reichstagswahl
Wahlkreis 3 (Potsdam II)	514 034	145,6
4 (Potsdam I)	479 420	122,8
5 (Frankfurt a. d. O.)	244 578	89,6
8 (Siegung)	268 121	120,8
13 (Schleswig-Holstein)	296 707	108,2
14 (Weiser-Ems)	201 074	68,1
17 (Westfalen Nord)	358 081	116,7
24 (Oberbayern-Schwaben)	209 088	74,8

## Steigerung in Ostpreußen.

Königsberg, 23. März. (WZB.) Nach Eingang weiterer Ergebnisse hat sich die Zahl der Eintragungen für das Volksbegehren bis heute mittag auf 163 894 erhöht. Es fehlen jetzt nur noch ein Kreis und mehrere Gemeinden.

## Thüringer Justiz-Chronik.

Wieder eine Hege gegen einen Republikaner zerflattert.

Jena, 23. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Disziplinär-Senat des Oberlandesgerichts in Jena verurteilt am Dienstag in dem Dienststrafverfahren gegen den Landgerichtspräsidenten Späth in Gotha folgendes Urteil: Der Angeklagte wird freigesprochen. Die Kosten werden der Staatskasse auferlegt. In der mündlichen Urteilsbegründung erklärte der Vorsitzende, daß sich in keinem der Anklagepunkte durch Tatsachen hätte erbringen lassen, die für den Landgerichtspräsidenten irgendwie belastend sein könnten.

Der Ausgang dieses Prozesses bedeutet eine neue Justizkatastrophe in Thüringen. Die Hege gegen den republikanischen Landgerichtspräsidenten Späth ist elend zusammengebrochen. Nun müßten die Hege gegen Späth zur Verantwortung gezogen werden, insbesondere der Amtsgerichtsdirektor Busch wegen seiner leichtfertigen und fanatischen Anklage gegen Späth. Erst dann würde die nach Ansicht des Oberlandesgerichts verpestete Luft im Landgericht gereinigt werden können. Aber wo wird denn die völkische Regierung Thüringens ihre Schlingel zur Verantwortung ziehen!

## Braunschweiger Justiz.

Ein Skandal, der vertuscht werden soll.

Die Braunschweiger Justiz, die im Fall Staelzel aller Welt bemerken hat, mit welcher drakonischer Strenge sie die lächerlichsten Verfehlungen eines sozialdemokratischen Landeschulrats zu ahnden weiß, ist, wie wir schon kurz meldeten, seit Monaten bestrebt, den Skandal eines hohen Justizbeamten, des ehemaligen Leiters der Landesstrafanstalt in Wolfenbüttel, jetzigen Oberstaatsanwalts du Roi zu verschleiern. Gegen du Roi hat unser Braunschweiger Parteiblatt den Vorwurf von Unterschleifen im Amt gemacht, ohne daß das Ministerium es für nötig hielt, das hierauf eingeleitete Disziplinärverfahren bis zur Erledigung der Privatklage gegen den Schriftleiter des „Volksfreund“ zurückzustellen.

In dem Prozeß, den man immer wieder von neuem hinauszuschieben versucht, wird folgendes unter Beweis gestellt werden: Du Roi hat aus den Beständen der Anstalt ordnungsgemäß zu einem wahren Schleuderpreis gekauft: 15 Pfund Kakao, 1 Ferkel, 5 1/2 Pfund Schweinefleisch, 25 Pfund Tomaten, 3 Zentner Gerste. Dafür bezahlte du Roi Ende 1922: 3600 Mark, während der Tagespreis 8070 Mark betrug. Gegen die ausdrückliche Anweisung des Ministeriums hielt sich du Roi auch für besug, an einzelne ihm nahe stehende Beamte weil unter Tagespreis Lebensmittel zu verkaufen. Am 8. Juli 1922 bezog ein Beamter 2 Zentner Hafer für 1000 Mark, am selben Tage mußte die Landesstrafanstalt selbst 900 Mark für den Zentner bezahlen. Am 9. September 1923, als der Tagespreis 2500 Mark betrug, kaufte der Oberstaatsanwalt 3 Zentner Gerste zu je 1200 Mark. Diese Schleuderpreise, die sich Herr du Roi selbst berechnete, hat er übrigens nicht einmal sofort bezahlt, sondern ein Vierteljahr oder ein halbes Jahr später, zu einer Zeit, in der die fragliche Geldsumme durch die Inflation völlig entwertet war.

Im Januar sollte die Befreiungsklage gegen den „Volksfreund“ verhandelt werden; sie wurde verschoben, da der Herr Oberstaatsanwalt wegen der „Schwurgerichtsperiode“ zu sehr beschäftigt sei. Auch der neue Termin, Mitte März, ist wieder abgelehnt worden, da ein Entlastungszeuge du Rois, ein früherer Anstaltspförtner, wegen der „Vorbereitungen zum Osterfest“ nicht nach Braunschweig kommen kann. So folgt eine Schwurgerichtsperiode dem Osterfest und so fort, bis die Braunschweiger Stahlhelmsjustiz bewiesen hat, was Rechtsprechung heißt.

## Bazilles Polizei.

Jagow-Manieren in Württemberg.

Stuttgart, 23. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Landtag hat einen Antrag des Geschäftsausschusses auf sofortige Gastenklammerung der am 18. März wegen „verfälschten Hochverrats“ festgenommenen kommunistischen Abgeordneten Wänke und Schneid angenommen. Die Polizei, die sich augenblicklich mit arohem Eifer besonders den Linksparteien widmet, hat wieder eine wohlverdiente Ohrfeige erhalten. Sie am Dienstag geplante Demonstration der Kommunisten gegen die Verhaftung der beiden Abgeordneten wurde von dem Polizeipräsidenten wegen „unmittelbarer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ verboten. Dafür entfielen die kommunistischen zahlreiche Anordnungen in den Landtag. Ein verstärktes Polizeiaufgebot „sicherte“ die Ordnung, bis von seiner Seite gestört wurde.

# Drei Gruppen der Feme.

Der Arbeitskreis des Gemeinderichtungs Ausschusses des Reichstags.

Der Gemeinderichtungs Ausschuss des Reichstags trat gestern abend zu einer Sitzung zusammen, in der mit Rücksicht auf die Plenarberatung nur die wichtigsten Angelegenheiten erörtert werden konnten. Aus den Mitteilungen des Vorsitzenden über die Materialbeschaffung verdient hervorgehoben zu werden, daß Mecklenburg-Schwerin trotz wiederholter Erinnerung noch immer kein Material über die Feme-Morde geschickt hat. Dem Ausschuss liegt laut Verzeichnis nunmehr Aktienmaterial im Umfang von 100 Bänden vor. Mit dem preussischen Gemeinderichtungs Ausschuss wird auf dessen Wunsch Austausch der Druckfaden vereinbart. Die Frage der Anstellung eines Sekretärs wird zurückgestellt.

Es erfolgt sodann der Bericht des Berichterstatters Dr. Leol. Nach seiner Auffassung muß alles getan werden, um die Untersuchung des Ausschusses nicht ins Leerlaufen gehen zu lassen. Die Arbeit sei nicht auf die 400 bis 500 Morde, die seit 1918 erfolgt wären, auszuweiten, sondern zu beschränken auf diejenigen, die das klare Kennzeichen der Femejustiz tragen. Es handelt sich auch um keine historische Untersuchung über die Rechtsverhältnisse, sondern um die Konzentration auf diejenigen Organisationen, in denen Feme-Morde erfolgt sind, wie diese Organisationen entstanden und ob sie etwa im Zusammenhang mit staatlichen Stellen standen. Als Grundmächte müßten unter allen Umständen die gerichtlichen Feststellungen dienen. Der Ausschuss sei keine Mordekommission. Unter diesen Umständen ergäben sich drei Gruppen von Fällen.

Erstens die norddeutsche Gruppe, zu der neben dem Dackheimer Mord (Radow) und der Ermordung eines gewissen Bötzler die Fälle der Ermordung der Sand, Willms, Pannier, Legner, Gröschke, Holz und Beyer gehören. Dazu ferner der Fall Hermann aus der Arbeitsgemeinschaft Meier (Oberschlesien).

Die zweite Gruppe bezieht sich auf die Deutschvölkische Freiheitspartei, von der im Zusammenhang mit dem Fall Grütze-Dehner von Femejustiz gesprochen wird, was der Berichterstatter jedoch unter Betonung aller Vorbehalte erwähnt.

Die dritte Gruppe bildet die Organisation C. Zu dieser speziell süddeutschen Gruppe gehören die Fälle der Ermordung des Dienstmädchens Sandmeyer, der Reichswehr Soldaten Dobner (beide Oktober 1920), des Landtagsabgeordneten Gareis (Juni 1921) und die Attentate auf Erzberger, Rathenau, Scheidemann und die Ermordung des Studenten Bauer (März 1923). Der Berichterstatter betont, daß hier gewisse Indizien auf eine Zentrale in München vorliegen und daß die diesbezüglichen Untersuchungen vor dem Staatsgerichtshof dem Ausschuss nicht genügen könnten.

Auch bei der Untersuchung dieser Gruppen könnten jedoch wesentliche Einschränkungen erfolgen: die Organisation OC interessiert in diesem Zusammenhang erst nach Auflösung der Brigade Ehrhardt (September 1920), die Schwarze Reichswehr erst ab 1922, da die Feme-Morde im wesentlichen 1923 geschehen seien. Der Begriff der Schwarzen Reichswehr sei aus den Denkschriften keineswegs klar geworden, es handle sich dabei u. a. um die Feststellungen von evtl. Beziehungen verantwortlicher Stellen zu ihr und ob solche Stellen etwa für die Heranbildung der Abstände in der Schwarzen Reichswehr verantwortlich gemacht werden könnten. Die Heranziehung der Akten des Reichswehrministeriums und des Reichswehrgruppenkommandos III über die Schwarze Reichswehr sei deshalb unbedingt erforderlich. Ebenso die von gewissen Akten des Staatsgerichtshofs, des preussischen Ministeriums des Innern und des Reichsgerichts über Fälle, wo eine Verurteilung wegen des Betrags der Schwarzen Reichswehr erfolgt sei.

Dem Bericht folgt eine längere Geschäftsordnungsdebatte, deren Ergebnis die Bestimmung eines Korreferenten in Gestalt des deutschen Abgeordneten Scheffer ist. Als sich bezüglich der Abgrenzung des Begriffes Feme eine Meinungsverschiedenheit zeigt, betont Abg. Landsberg: Es haben sich Sitten eingebürgert, die sonst nur im Hinterwald zu Hause waren und deren Erlös die Dellenlichkeit aufs lebhafteste beunruhigen. Es ist Pflicht der Gesetzgeber, sich mit diesen Sitten zu beschäftigen, und zwar verlangt die Dellenlichkeit mit Recht die Untersuchung ohne Rücksicht darauf, ob die Feme etwa bloß Mitglieder der Organisationen oder auch Außenstehende ermordet hat.

Als der Berichterstatter nochmals die Notwendigkeit der Heranschaffung der Reichswehrakten unterstrich, machte der Vorsitzende den Zwischenruf: „wenn welche da sind“.

Abg. Leol. (fortfahrend): Ich glaube bestimmt, daß welche da sind. Bei der KPD und bei dem Reichswehrministerium wird über alles Akten geführt. (Heureka!) Unter Umständen müßte man die Zeugen über das Vorhandensein solcher Akten befragen, auf jeden Fall sei aber auch die Denkschrift des Reichswehrministeriums nur auf Grund von Akten zustande gekommen.

Nach weiterer Geschäftsordnungsdebatte wird der Wunsch, noch vor Ostern eine Sitzung abzuhalten, abgelehnt, auf Vorschlag des Vorsitzenden, die nächste Sitzung jedoch bereits auf den 20. April anberaumt. Es sollen dann auf Grund der Darlegungen der beiden Korreferenten die Grenzen der Arbeit des Ausschusses gesteckt und bereits Vorschläge zur Beweisaufnahme gemacht werden.

## Der Mord an Matteotti.

Das erste Wort der Ehrfurcht.

(Von unserem nach Chiati entsandten Berichterstatter.)

Chiati, 21. März.

Die Beweisaufnahme ist zum Abschluß gekommen. Als Nachzügler unter den Zeugen hat man den maximalistischen Abgeordneten Cassinelli gehört, aus dessen Mund das erste Wort der Ehrfurcht für unseren Toten laut wurde. Einleitend erklärte Cassinelli, daß er, überzeugt von „der völligen Unzulässigkeit, auszusagen“, nur auf Grund der wiederholten Einladung des Präsidenten erschienen sei. Auch ihm stellte Marinacci seine stereotypen Frage, ob sich sein Urteil über Matteotti auf den Abgeordneten oder auf den Agitator bezöge. Er erhielt die einzig mögliche Antwort, daß Matteotti ihm und den Seinen als das streitbarste Mitglied der Partei galt, als Abgeordneter, als Schriftsteller, als Redner: „Man hat den zähsten und unbeugsamsten Gegner treffen müssen, eben den, dem nur der Tod den Mund schließen konnte.“

Es folgte die Besichtigung des Autos, in dem Matteotti seinen letzten schweren Kampf gekämpft hat. Wie man weiß, ist eine Scheibe zerklüftet, das Futter eines Sitz- und Rückenpolsters abgetrennt. Gewißheit hat man diesem stummen Zeugen nur insofern entreißen können, als auf den Scheiben die Fingerabdrücke Dumino und Volpi gefunden wurden. Sie bilden das einzige unabwiesbare Belastungsmaterial des Prozesses.

Bei der Besichtigung der Sachverständigenurkunden über die Leiche konnte man nicht ohne tiefen Ekel feststellen, daß bei den entsetzlichen Stellen Foreroma sich vor Sachen schüttele und bei einigen Individuen des Publikums die gleiche Heiterkeit ausstrahlte. Was die Gutachten selbst betrifft, so sind sie hinlänglich bekannt. An der Identität der Leiche erheben die Sachverständigen keinerlei Zweifel. Und daß die Verwesung schon bis zur fast völligen Zerstörung der Weichteile vorgeschritten war, wird durch die Sommerhüte, die Schmalheit der den Körper bedeckenden Erbschicht und durch den Umstand des Fehlens der Kleidungsstücke erklärt. Als mutmaßlicher Zeitpunkt der Verhorrung wird der des Todes angenommen.

Ueber die Art, wie man den Leichnam eines 1,74 Meter großen Mannes in eine nur 90 Zentimeter lange Grube gebracht hat, meint das Gutachten, daß man gewaltsam die schon in Weichenstarre befindlichen Gliedmaßen der Leiche Höhlung angepöpselt habe. Das höchste Maß von Gewaltanwendung betraf die Stellung des rechten Beines, das in der Hüftgelenkspanne derart gedreht wurde, daß der rechte Fuß neben das Haupt zu liegen kam. Ein Rippenbruch wird auch auf das gewaltsame Hineinzwängen der Leiche in die enge Gruft zurückgeführt.

In bezug auf die Todesursache erklärt das Sachverständigenkollegium, an einer genauen Feststellung gehindert zu sein erstens, weil die Weichteile fehlen, zweitens, weil die Eingeweide verwirrt sind, drittens, weil keine Knochenverletzungen festzustellen sind. Mehr als die Knochenreste hat die Tode Auskunft gegeben. Sie zeugt von einer bedeutenden Blutung, die sie von innen nach außen durchdränkte, und zwar auf der linken vorderen Brustseite in ihrem oberen Teil. Die Sachverständigen stehen nicht an, diese Blutung als durch eine Stichwaffe herbeizuführen zu erklären und kommen zu dem Schluss, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Wunde am Brustkorb die Todesursache war. Nicht die Beschaffenheit des Blutes, die nicht mehr festzustellen war, wohl aber die Verteilung der Blutfäden, schließen die Annahme einer Lungenblutung als Ursache der Heden an der Tode vollständig aus, wie das ja auch die Anklageschrift der Voruntersuchung tut. — Inzwischen sind auch die Schuldfragen für die Schworenen formuliert worden, die mit nach telegraphischer Meldung im Morgenblatt veröffentlicht haben.

## Lehrerbildung in Baden.

Das Gesetz angenommen.

Karlsruhe, 23. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Badische Landtag hat am Dienstagmittag das Lehrerbildungsgesetz mit 41 Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten

gegen 25 Stimmen der Volkspartei, der Demokraten, der Bürgerlichen Vereinigung und der Kommunisten bei zwei Enthaltungen in erster Lesung angenommen. In der vorangegangenen, ziemlich leidenschaftlich geführten Debatte wurde hauptsächlich die Frage der Primarstufe und der simultanen Gestaltung der Lehrerbildungsanstalten behandelt. Die Hochschulbildung für Lehrer wurde nur noch vereinzelt berührt. Emdenliche von den Gegnern der Vorlage gestellten Anträge, durch die das Gesetz zu Fall gebracht werden sollte, wurden abgelehnt. Am Grund der Geschäftsordnung ergab die Opposition eine Verschiebung der zweiten Lesung um acht Tage.

## Die Stahlhelmer schießen.

Auf Republikaner.

Köln, 23. März. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem Köln-Feuerbahnhof hat ein Trupp Stahlhelmer in einen größeren Kreis von Reichsbannerleuten mit dem Ruf: „Niebes mit der Republik!“ Es kam zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf zwei Schüsse abgegeben wurden, von denen einer einen auf der Erde stammenden Reichsbannermann am Hals streifte. Der Stahlhelmmann wurde sofort verhaftet.

Aus Schlesien wird uns geschrieben: Die Rechtsradikalen in Jauer und ihr Sprachrohr, das deutschnationalistische „Jauerische Lagerblatt“, sind in den Tagen des Volksbegehrens von früh bis spät mit dem siebenten Gebot hausieren gegangen, und haben sich nicht genug darin tun können, die Anhänger des Volksbegehrens als Spitzbuben und Räuber zu beschimpfen. Möglich ist es in Jauer ganz still geworden. Einer der nationalen Musterknaben, der eine Hauptrolle in der „nationalen Bewegung“ spielt, ist plötzlich als Brandstifter und Betrüger entlarvt worden. Als unfähig die Kontorräume der Lederfabrik Frommelt ausbrannten, gerieten zunächst die unteren Angestellten in den Verdacht der Brandstiftung. Schließlich stellte sich heraus, daß der Brandstifter der Hochmeister vom Jungdeutschen Orden und Führer des Stahlhelms, Leutnant a. D. Schmidt, ist. Als Kassierer bei Frommelt hatte er seit geraumer Zeit doppelte Buchungen vorgenommen. Um die Betrügereien nicht aufkommen zu lassen, schlich er sich in den Kassenraum, verbrannte die Bücher mit den Fälschungen und nahm noch 200 Mark bei dieser Gelegenheit mit. Wieder einer der „Erneuerer“ Deutschlands, der sich als Betrüger entpuppt hat!

## Opposition gegen KPD-Zentrale.

Die Pfälzer rebellieren.

München, 23. März. (Eigener Drahtbericht.) Der letzte Richtungswechsel in der KPD-Zentrale hatte in der Pfalz schwere Differenzen zur Folge, die zur Auflösung der kommunistischen Bezirksorganisation durch die Zentrale führten. Aber trotz dieser Maßnahme und der Eingliederung der Pfälzer Parteiorganisation in die Paderb. bestehen die Differenzen im alten Maße fort. Sie kamen mit aller Deutlichkeit auf dem in Frankfurt abgehaltenen Bezirksparteitag der Pfälzer Kommunisten zum Ausdruck, indem der Beschluß der Zentrale mit 34 gegen 20 Stimmen abgelehnt und eine Entschärfung angenommen wurde, die von der Zentrale die volle Wahrheit über die Zustände in Rußland verlangt; es bestünde begründeter Anlaß für die Annahme, daß die Zentrale die wahren Verhältnisse in Rußland grundsätzlich verfehlere.

Schwarzweihrot aus Köln. Aus Köln wird uns geschrieben: Anlässlich des Befreiungstages in Köln hat sich die bekannte Schokoladenfabrik Stollwerck eine monarchistische Demonstration gestattet, die allgemein als eine Verhöhnung der Republik und der in Köln verlassenen Tausende Reichsbannerkameraden gedeutet wurde. Die Firma Stollwerck hatte ihr in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes gelegenes großes Haus geradezu übermäßig schwarzweihrot herausgeputzt. Da im ganzen Kölner Großstadtbereich die schwarzweihrotten Fahnen fehlten, trat die Demonstration der Firma Stollwerck um so härter in Erscheinung. Es war der allgemeine Wunsch der Republikaner Kölns, daß die Verhöhnung der Republik und der republikanischen Organisationen durch die Schokoladenfirma in Deutschland bekannt werden müsse.





Die Schulentlassungen stehen vor der Tür, und für viele Jugendliche ist die Frage der Berufswahl noch ungelöst oder hat eine mehr oder weniger vom Zufall geleitete, oberflächliche Lösung gefunden.

Ein unbefriedigender Beruf.

Aus keinem gelerntem Frauenberuf ist die Abwanderung so stark wie aus dem der Kontoristin. Man könnte dies auf vorübergehende ungünstige Konjunktur zurückführen. Aber die vielen dieser Berufstätigen, die sich nach Veränderung sehnen und zu einem sehr großen Prozentsatz Kontoristinnen sind, sagen immer wieder, daß der Beruf sie innerlich zu wenig befriedigt, daß sie ihre Arbeit nicht interessiert, daß sie nicht länger gleichgültige Korrespondenzen führen, sondern mit lebendigen Menschen zu tun haben wollen.

Überfüllung.

Wenn auch in erster Linie die persönlichen Anlagen und Neigungen entscheidend sein sollen, so müssen doch auch die Erwerbsaussichten in Betracht gezogen werden. Hierüber sind noch falsche Vor-

stellungen verbreitet. Man ist geneigt, die Überfüllung des Kontoristenberufs für eine vorübergehende Erscheinung zu halten und von besserer allgemeiner Wirtschaftslage eine erhebliche Steigerung der Nachfrage zu erwarten. Gewiß, ganz so schlimm wie gegenwärtig wird es wohl nicht bleiben, wo in einem großstädtischen Bezirk 435 Stellungsuchenden 20 offene Stellen gegenüberstehen!

Einige Richtlinien.

Dieser Hinweis hat nicht den Zweck, die wenigen, wirklich Geeigneten von dem Beruf fernzuhalten, sondern nur den ungesund großen Juband abzumäßen. Sehr tüchtige Kontoristinnen werden auch in Zukunft ihr Brot finden. Zur Selbstprüfung seien zum Schluß in etwas gekürzter Form die Richtlinien mitgeteilt, die das Städtische Berufsamt in Frankfurt a. M. klar und treffend zusammengestellt hat.

- 1. gesunde Nerven und Augen hat, nicht blutarm und bleichsüchtig ist und stehende Tätigkeit im geschlossenen Raum vertragen kann;
2. aufmerksam ist, schnell und richtig auffaßt;
3. sich nicht ablenken läßt, scharf denken und selbständig arbeiten kann;
4. ein gutes Gedächtnis hat;
5. eintönige Arbeit mit gleichbleibender Lust tun kann;
6. mindestens die erste Volksschulklasse durchgemacht hat und zu den besten Schülerinnen ihrer Klasse gehört;
7. tadellos richtig schreibt und sicher rechnet;
8. eine klare und schöne Handschrift hat;
9. unermüdblich strebsam ist und mit eifrigem Fleiß alle Möglichkeiten zu ihrer beruflichen Weiterbildung benützt.

Des Mädchens Klage.

Der folgende Stoffscheiter einer Stenotypistin, voll bitteren Erinnerns, ein wenig Sarkastisch gefärbt, mag bei dieser Gelegenheit auch hier stehen:
Lieber Gott, warum hast du ausgerechnet eine Stenotypistin aus mir gemacht? Doch nein, diese Kaleridee stammt ja leider von

mir. Gibt's denn heute ein überflüssiges Möbel? Der Bedarf verhält sich zum Angebot wie 1:1000. Wie wäre es mit Anprobierdame 42er Größe? Auch wenig begehrt. Und dann, den ganzen Tag im Drillschiffel lauern müssen, ob Frau Kommerzienrat S. (200 Pfund Lebendgewicht) geruht, ihrer Garderobensammlung ein neues Stück einzuverleiben? Die verhältnismäßig größte Nachfrage ist noch nach Butterverkäuferinnen (allerdings mit Branchenkenntnissen). Keulich gab ich mal ein Inserat auf, in dem ich außer meinen bürokratischen auch meine gesellschaftlichen Talente, als da sind: Weltgewandtheit, Menschlichkeit, heiteres Wesen usw. ins Treffen führte. Darauf erhielt ich zwei Angebote: Nr. 1 war ein allein-stehender Herr aus dem Grunewald. Hoffnungsstrebigen Herzens eile ich ans Telefon. Doch es war wieder mal nichts. So viel feilig, wie der mich haben wollte, bin ich leider nicht. Ich sollte sämtliche Hausarbeit (auch die Küche) besorgen, im Bureau tätig sein und die etwa verbleibenden „Rufstunden“ mit Musik und Frohsinn ausfüllen. Der Mann war gar nicht so dumm. Nr. 2 war ebenfalls eine Niets, aber wenigstens eine amüsante. Der Chef eines Bürsten- und Pinselgeschäfts (er selbst war die lebende Reklame des letztgenannten Artikels) offerierte mir den Betrieb eines „Staubsaugers“. Der Schlaumeier. Der kalkuliert wiederum folgendermaßen: Sie nennt sich weltgewandt, dann wird sie es auch fertigbringen, den Leuten solch Ding anzubringen; da sie musikalisch ist, muß sie ihnen plausibel machen, daß — abgesehen von den sonstigen hervorragenden Eigenschaften — das surrende Geräusch, das der musikalische Analphabe für entsetzlich hält, demnachst als Bereicherung des Jazz-Band Verwendung findet, und zieht das alles nicht, dann macht sie sich infolge ihres heiteren Temperaments den Teufel daraus, wenn man sie an die Luft setzt! Schwer, schwer, schwer!

Konzert des Männerchors „Friedrichshain“. In der Aula des Reformrealgymnasiums Lichtenberg, Parkau, veranstaltete der Männerchor „Friedrichshain“ (Mitgl. d. D.M.S.B.) einen Wiederabend. Neben Chören von Ragler, Heinemann, Kamm und Seidel brachte er einen Wiederzyklus „Wieder eines Dorfpöckens“ zur Erstausführung. Der Text ist von Franz Peter Kürten und die Komposition von Heinrich Kasper Schmid. Das Ganze besteht aus sechs Liedern, die fließend und tonisch komponiert sind. Allerdings wirkt manchmal ein festgehaltenes, getragenes Tempo ermüdend. Die Wieder sinkt in ihrer Gesamthaltung sentimental, nur das letzte „Der Goldschmied von Abla“ bewegt sich in lebhafterem Tempo. Alles ist empfunden in der Art der alten Gesellen- und Wanderlieder. Der Männerchor „Friedrichshain“, unter Leitung des Chormeisters Franz Lorenz, war ein guter Interpret des Komponisten. Der Chor klang rein und entwickelte stellenweise einen überaus schönen Wohlklang. Franz Lorenz hat ausgeprägtes Empfinden für Tempo und Rhythmus und für Schattierung der Stimmen. Als Solist wirkte der Harfenist Otto Müller, Mitglied des Philharmonischen Orchesters. Er spielte eine Thomas'sche Phantasia „Im Herbst“ und die beiden Kompositionen von Boris Mooros „Barcarole“ und „Piratenmarsch“. Besonders klangschön gelang ihm die „Barcarole“.

Onkel Moses.

Roman von Schalom Ush.

Er erweckte einen Reiz in ihr. Doch Dr. Goldsteins elektrische Maschinen, welche Onkel Moses' trübes Blut wärmten und erfrischten (der Onkel gebrauchte sie insgeheim), waren nicht imstande, den Onkel jung zu machen. So weckte er sie aus ihrem Mädchenraum und war nicht imstande, ihr einen anderen, einen Wahrtraum zu schaffen. . . . Sie war wie eine Braut, die zu einer Hochzeit geladen ist, auf der der Bräutigam fehlt. . . . Wie ein junger, frischer Sproßling unter einer Glasglocke, dessen Erde gedüngt und dessen Wurzeln gewärmt werden, doch dessen Zweige durch das Glas beengt sind. . . .

Durch jede Berührung, durch jede ihrer Zärtlichkeiten machte sie ihn edler und schöner, pflanzte sie in ihm neue Sehnsüchte nach dem Leben ein, doch sie selbst wurde häßlicher und roher. Wie der Pharao, welcher bei Nacht in Kinderblut badet, ging der Onkel bei Tag gut, freundlich, strahlend und lächelnd umher, besser zu den Menschen und zu Gott. Sein Herz, welches mit dem Kinderblut genährt war, das er des Nachts getrunken hatte, wurde weicher, fühlender und menschlicher. . . . So nährte Mascha Nacht für Nacht mit ihrer Mädchenunschuld und ihrem Jugendadel tropfenweise einen fremden, alten, dünnen Dorn. Der Dorn begann zu blühen, und sie selbst verdorrte. . . .

In der ersten Zeit empfand sie Scham. Sie meinte, alle wüßten es, alle lähen ihre Mädchenheimnisse, welche der Onkel enthüllt hatte, und sie lägen nackt und bloß vor der ganzen Welt — daher schloß sie sich tagelang in ihrem Zimmer ein, verschloß sie sich vor den Menschen, hämte sich, in den Spiegel zu schauen, ihr eigenes Antlitz anzusehen, ihre eigene Schwelger zu sehen.

Dann ergriff sie Sehnsucht nach ihren Mädchenjahren. Sie liebte es, sich mädchenhaft zu kleiden wie zu der Zeit, da sie noch in der Pension gemeldet war und erinnerte sich an den kleinsten Umstand, der sich ereignet hatte, als sie noch ein Mädchen war. Die Gespräche mit ihren Freundinnen, ihr Spiel mit Charlie und ihr Spott über ihn — jede Kleinigkeit rief bei ihr unendlich viele angenehme Erinnerungen hervor. Sie schloß sich ganze Tage lang ein, zog ihre Schulbücher und Schulhefte, die sie als Andenken behalten hatte, alte Briefe, die sie einmal von Freundinnen bekommen hatte, Geburtstagsgeschenke, Souvenirs und anderes unschuldiges Spielzeug hervor und füllte damit ihre leeren sehnsuchtsvollen Tage aus.

Oft dachte sie an Charlie und versuchte sich in ihrer Phantasie vorzustellen, was geschehen wäre, wenn sie den Onkel

nicht geheiratet hätte. Ein ganz anderes Leben stieg vor ihr auf. Sie sah sich als Arbeitermädchen, als Stenographin in einem Bureau sitzen und acht Stunden im Tag arbeiten, sah sich Charlie helfen, damit er die Univeristät weiter besuchen könne. Und jeden Abend wartet er auf sie vor dem Bureau, sie beide gehen in einem billigen Lunchroom essen, gehen zusammen spazieren, zu einer Vorlesung oder in eine Bibliothek. Wenn sie etwas einkaufen will, treffen sie sich am Samstag nachmittags vor einem großen Warenhaus. Sie hat ihr Gehalt bekommen, und nun suchen sie beide ein Kleid für sie aus. Charlie muß sagen, wie es ihm gefällt, sie zieht das Kleid sofort an, Charlie den neuen Leberzieher, und sie gehen zusammen zu einer Matinee. . . .

Dann wurde ihr das Leben langweilig. Bei Tag, wenn der Onkel nicht da war, füllte sie die Stunden mit Träumen aus — doch die Abende waren für sie furchtbar. Sie war der Porzellanbunde und -tazen und des abgeschmackten, geschliffenen Glases überdrüssig, das aus allen Winkeln glänzte, stumm war, nichts sagen konnte, jeden Tag sich gleich blies und sich nie veränderte. Jeden Abend dieselben Zimmer, dieselben Lampen und derselbe Onkel! Dasselbe Lächeln, dasselbe „Mascha, dear darling“; die Langeweile zusammen mit dem alten Onkel war unerträglich. Mascha bekam jeden Abend Kopfschmerzen vor Langeweile. Wie man sie in schlechter Luft bekommt. . . . Jeden Abend dasselbe: das hüde Essen, zwecklos und unnötig — hier und da Kino, so oft dieselben freud- und lustlosen Eltern, welche durch übertriebene Güte und Untertänigkeit lästig fallen. Die Mutter treibt Politik mit den Angestellten im Geschäft und den Landsleuten der Familie, und der Onkel und der Vater erzählen einander gemeine Witze. Und dann die beschämenden und schmach-tenden Nächte, beschämend durch künstlich geweckten Reiz und beleidigt durch ohnmächtige Begierde, in denen sie das Gefühl hat, als wäre sie von leblosen Strahlen aus einem kalten Glas gewärmt, als wäre sie ein junges, starkes Füllen, welches mit papieremem Gras gefüttert wird. . . . O'mals kam Sam an den Abenden zu Besuch. Er verfolgte Mascha schon lange mit seinen stumm bereiten Blicken, und als das Leben ihr langweilig wurde, begann sie die stumm bettelnden Blicke zu beachten. Sams Gesicht glüht dem des Onkels, doch es war jünger und kräftiger, die Nasenflügel lebten noch, und die Unterlippe zitterte vor Kraft und Frische. Er war der Onkel, nur jünger und brutaler, sprach viel, lachte viel an den Abenden und zeigte die starken, weißen Zähne, welche zwischen den Lippen hervorlugten. Und manchmal kam es Mascha wirklich so vor, als stände der Onkel vor ihr, nur jünger und brutaler. . . . Sam befolgte den Rat seines Vaters: „Mach' dich an die junge Frau heran; was du beim Alten

nicht hast erreichen können, das wirst du durch sie erreichen. . . . Und so oft er Gelegenheit dazu hatte, erwies er Mascha Aufmerksamkeit. Erst geschah es aus Anhänglichkeit ans Geschäft. Doch als er begann, sie näher zu betrachten, als er ihre Stille und ihr leidendes Schweigen bemerkte, da rührte ihn etwas. Er verliebte sich in sie. Ihr zu Liebe löste er die Verlobung, welche er seiner Geschäftskarriere zuliebe eingegangen war. Seine Empfindung zu Mascha beeinflusste sein Benehmen. Er schwieg und wagte mit keinem Wort, mit keiner Bewegung, sie zu beleidigen oder seiner Empfindung Ausdruck zu geben. Er war viel mit ihr allein, begleitete sie oft vom Geschäft heim und verbrachte mit ihr die Abende, wenn der Onkel mit seinen Verammlungen und Vereinen beschäftigt war. Er vertraute ihr alle seine Pläne an und fragte sie um Rat wegen seiner Verlobung. Das brachte sie ihm näher. Und Sam wurde ihr ein wahrer, ergebener Freund. Sein Gefühl für sie wurde so stark, daß der Burische bereit war, alles für sie zu tun. Ihr zuliebe änderte er sein Benehmen. Es wurde anständiger und schöner. Da er sich vor ihr im besten Lichte zeigen wollte und nicht wußte, wie er dies tun konnte, begann er einen deutschen Tempel zu besuchen. Er verneinte, damit würde er Mascha gefallen. Er lernte englisch schreiben und begann sogar Bücher zu lesen. Auch seine Art, sich zu kleiden, änderte sich. Sam erwies Mascha stille, ergebene Treue, und diese Treue machte ihn edler und schöner.

Im Hause herrschte Stille. Die Hausmädchen gingen auf den Zehenspitzen umher, als wäre ein Loter im Hause. Nur von ferne, aus einem im äußersten Ende der Villa gelegenen Zimmer drang unterdrückte Bewegung. Eine Tür ging auf und zu, ein Instrument klirrte, ein kurzer Befehl wurde leise gegeben, und Tritte gingen still und behutsam.

Im Salon, welcher selten benutzt wurde und durch die Kälte des Unbewohntheins einen unheimlichen Eindruck machte, ging der Onkel ruhelos auf und ab, bis die Nägel vor Ungeduld, und sein Gesicht war bleich und verzerrt von einigen schlaflosen Nächten. Seine Augen leuchteten in Furcht und Hoffnung. Er biß sich in die Finger und murmelte vor sich hin:

„Vater, Mutter — Gott — hilf mir — ich will alles tun, alles, alles — nur hilf mir — laß sie nicht leiden, Vater — laß sie nicht, es ist doch zum Erbarmen — o, o.“

Im nächsten Zimmer gingen Schritte, jemand tief durch, der Onkel stürzte hin.

„Was gibt es, Schwiegermutter? Was?“

„Gott hilft, Moische, Gott hilft — schweige. Der Doktor ist drinnen.“

(Fortsetzung folgt.)

## Einssegnungsluxus.

Für die kirchlichen oder der Kirche äußerlich noch angehörigen Kreise ist der März die Zeit der Einssegnungen. Und für die Mehrzahl der eingetragenen Kinder vollzieht sich dann auch gleichzeitig der Uebertritt ins Erwerbsleben — nur die Kinder demittelteiler Familien können ihren Studien weiter obliegen. Da ist es denn gewissermaßen ein Akt der Notwendigkeit wie der Klugheit, das zur Einssegnung kommende Kind äußerlich mit einem Anzug zu versehen, der als bestes Kleidungsstück für all die feierlichen und festlichen Gelegenheiten dienen muß, die das neue Leben mit sich bringt. Man weiß, wie schwer es vielen Eltern wird, das nötige Geld für die Einssegnungskosten zurückzulegen, zumal in einer Zeit so großer Arbeitslosigkeit, wie es die jetzige ist. Schulden werden gemacht, und die Abzahlung ist nicht leicht. Um so bedenklicher ist es, wenn von selten solcher Eltern, die „es können“, ein Augus an den Tag gelegt wird, der entweder zur Folge hat, daß die ärmeren Eltern sich noch mehr anstrengen müssen, damit ihre Sprossen nicht zu sehr „abstehen“ oder daß die Kinder sich beschämt und bedrückt fühlen, wenn es den Eltern eben nicht möglich ist, gleichen Schritt zu halten. So ist es vielfach üblich, daß für die Mädchen zweifache Gewandung angeschafft wird: ein „Prüfungs-“ und ein „Einssegnungs“-Kleid. Selbst bei den angehenden Jünglingen findet eine solche — sagen wir offen: Verschwendung statt. Es ist klar, daß jedes nicht durchaus nötige Kleidungsstück schon deshalb vermieden werden sollte, weil die Kinder noch mitten im Wachstum sind und später noch möglich werdende Umänderungen Geld und Zeit erfordern. Auch in Schuhen und Hüten wird sehr oft mehr auf das Augurlose, als auf das Praktische gesehen. Es wäre Pflicht gerade der wohlhabenderen Eltern, mit dem Beispiele der Entsagung voranzugehen.

Der seltsame Stumpf mag das Bein zieren, wenn er erarbeitet ist — ihn von den Eltern zu erbetteln oder gar zu erziehen, sollte kein Kind sich herausnehmen dürfen. Lebensfreude wird es für sich auch ohne äußeren Tand gewinnen, wenn es sich mit den Gedanken vertraut macht, die in unserer heuligen Jugendbewegung leben.

## Großfeuer in der Alexandrinenstraße.

### Ein Spielwaren-Großlager vollständig ausgebrannt.

Das Großfeuer, das gestern abend gegen 1/8 Uhr im Seitenflügel eines Fabrikgebäudes in der Alexandrinenstraße ein Spielwarenlager vernichtete und innerhalb kurzer Zeit den ganzen Seitenflügel des Dachgeschosses in Brand gesetzt hatte, rief die Wehren des Bezirks zahlreich zur Löscharbeit herbei. Die Schutzpolizei riegelte die Brandstraße ab. Bald stauten sich große Zuschauermassen. Die Nachricht von dem gewaltigen Feuer ging eilig von Haus zu Haus und von Straße zu Straße. Die wild emporlodern den Flammen waren auch in weit entfernten Stadtvierteln zu sehen und brachten auch dort die Menschen auf die Beine, die erregt und neugierig der Brandstätte zuströmten.

In dem Hause Alexandrinenstraße 110, dem sogenannten Reppsalz, befinden sich die Räume der bekannten Berliner Firma Rotaphot, die Photopapiere, Postkarten und Tiefdrucke herstellt. Außer der Rotaphot, die das ganze Gebäude innehat, befindet sich nur noch in der zweiten Etage des zweiten Uebergebäudes die bekannte Berliner Spielwarenfabrik Schuberl, Nachf. Jensen, die unter der Firma Berliner Spielwarenfabrik G.m.b.H. ihre Artikel vertreibt. In dem Dachgeschoss des rechten Seitenflügels ist das Spielwarenlager der Firma untergebracht. Noch bis kurz vor 3 Uhr waren Arbeiterinnen oben in den Räumen beschäftigt, die Spielwaren einpartierten. Gegen 1/8 Uhr abends wurde von den Druckerarbeiten der Firma Koster, die in dem dritten Stockwerk des Hauses arbeiten, ein schwacher Feuerchein bemerkt. Kurze Zeit darauf schlugen bereits Flammen aus dem Dach. Die Feuerwehr wurde sofort alarmiert und erschien alsbald mit fünf Löschzügen unter Leitung des Baurats Näver an der Brandstelle. Zunächst wurde der Brandherd eingekreist und von vier Seiten Wasser gegeben. Trotz angestrengter Tätigkeit der Wehrleute blieb von dem ganzen Dachstuhl und seinem wertvollen Inhalt, der in seiner ganzen Ausdehnung von 70 Metern Längsmaß brannte, nichts übrig. Es bestand die Gefahr, daß das Feuer auf die angrenzenden Seitenflügel übergriff, doch bewährten sich hier die hohen Brandmauern. Das äußerst wertvolle Bromsilberlager der Firma Rotaphot hat nur durch Wasserschaden etwas gelitten. Gegen 1/10 Uhr war die Hauptgefahr beseitigt, doch zogen sich die Löscharbeiten und Aufräumungsarbeiten bis in die späte Nacht hin. Ueber die Entstehungsurache verläuft noch nichts Genaues. Um 5 Uhr war Arbeitsschluß und Arbeiterinnen verließen wie gewöhnlich die Arbeitsräume. Dessen, auf die man vielleicht die Entstehungsurache zurückführen könnte, befinden sich nicht im Dachgeschoss.

Kurz nach 9 Uhr konnte oben auf dem ausgebrannten Dach mit den Aufräumungsarbeiten begonnen werden. Auf den Ruinen erschienen die Feuerwehrleute mit rauchgeschwärzten Gesichtern, von Staub und Dampfwolken umhüllt, um mit Hacke und Beil die Schuttmassen abzutragen. Unter gewaltigem Krachen werden von zwei Seiten, rechts und links, die Stein- und Sandmassen auf den Hof geworfen. Große Holzgerüste stürzen proßend herunter. Es ist mit Gefahr verbunden, auf diesem Hof des Wirrwarrs zu stehen. Unentwegt leuchten die großen Fackeln der schwer arbeitenden Feuerwehrmänner. Abgetäppte Trupps gehen und Erlay rückt an, um mit erneuter Kraft dem Verderben zu Leibe zu gehen.

## Unterdrückung von Spenden für Blinde.

In der Staatlichen Blindenanstalt in Steglitz hat man erhebliche Unterdrückungen entdeckt. Es handelt sich, soweit festgestellt werden konnte, um Gelder, die als Spenden für die Blinden dort eingehen. Die Verwaltung dieser Gelder wird von dem „Verein zur Förderung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit der Blinden“ vorgenommen, dessen Geschäftsführer der Direktor der Staatl. Blindenanstalt ist. In der Anstalt selbst wurden die eingehenden Beträge durch eine Angestellte der Anstalt und durch eine Angestellte des Vereines verbucht, worüber der Direktor die Kontrolle führte. Trotzdem es sich, soweit bekannt, um Verfehlungen im Wiederholungsfall handelt, mußte erst noch ausstehender Seite Anzeige erstattet werden. Offenlich erfolgt eine schleunige Aufklärung der ganzen Angelegenheit.

## „Das letzte Reich“

Die „Deutsche Zeitung“ schluchzt in ihrer Morgenausgabe vom 19. März ein furchtbares Stimmungsbild. Der Weltumergang steht bevor. „Das letzte Reich“ ist gekündigt. In der ehemaligen Hauptkabinen-Anstalt Lichterfelde werden sich beim diesjährigen Osterfest die letzten 8 Jüglinge der einst millitärischen Anstalt zur Prüfung stellen.“ Dann heißt es: „Brandenburger Lor. Hell kündigt der Fredericus Reg. Die Gestalten straffen sich und im donnernden Gleichklang des Paradeschrittes geht es unter dem Siegeszeichen vergangener Generationen hindurch. Wir befehlern noch einmal, ein letztesmal. Jugendliche Knabengesichter, barhäuptige Menge. Ein altes Männchen sagt mit zitternder Stimme: „Arme Jungen, armes Vaterland.“ Es war ...“ Dieser herz-

## Schnupfen

kann man nicht immer verhüten, aber immer erfolgreich bekämpfen mit —

**Forman**

erschütternde Seim des nationalen Schicksals ist wert, einer Kuriositätenammlung einverleibt zu werden. Man hört förmlich das deutsche Bierherz glücken. Ob selbst dem bärtigen Kriegervereinsgemüt eine solch kitschige Sentimentalität nicht zuviel wird?

## „Neuorganisation“ von Groß-Berlin —!

Einige Blätter hatten die Nachricht gebracht, daß man drauf und dran sei, die durch das Gesetz von 1920 geschaffene Organisation Groß-Berlins schon wieder über Bord zu werfen. Man wolle die Alt-Berliner Verwaltungsbezirke 1 bis 6 zu einem einzigen Bezirk zusammenfassen und aus den vierzehn Neu-Berliner Verwaltungsbezirken 7 bis 20 sieben Bezirke machen, so daß Groß-Berlin künftig nur noch acht Bezirke hätte. Hierzu verbrätelt jetzt der Magistrat durch sein Nachrichtenamt folgende Erklärung:

„Die von nichtamtlicher Stelle verbreiteten Meldungen über eine angeblich von den Gemeindebehörden beabsichtigte Verschmelzung der Bezirke 1-6 (Alt-Berlin) zu einem Bezirk sowie über die Zusammenlegung der Bezirke 7-20 zu sieben Bezirken sind unzutreffend. Der Magistrat hat bisher lediglich einen Ausschuss eingesetzt zur Prüfung der Frage, wie die Verwaltung zu vereinfachen sei, und zwar auf der Grundlage: a) des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920, b) einer Gesetzesänderung. Sobald der Ausschuss zu einer Verständigung gelangt ist, wird der Magistrat die Angelegenheit weiter erörtern. Organisatorische Änderungen sind überhaupt nur durch gemeinsamen Beschluß des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung herbeizuführen.“

Von nunherin konnte man nicht darüber im Zweifel sein, was jene Zeitungsmeldung wert war. Sie verriet höchstens die (langst bekannten) Wünsche, die in rechtsstehenden Kreisen gehegt werden. Daß diesen Wünschen auch der sich immer noch zu den Demokraten zählende Oberbürgermeister Böck nicht fernsteht, sei nebenbei bemerkt. Hinter der Prüfung, wie die Verwaltung zu vereinfachen sei, steckt für Herrn Böck, wie für die Parteien der Rechten, mehr als nur eine Frage der Verwaltungstechnik. Einweilen sieht aber der Magistrat sich genötigt, einzugeschweigen, daß Berlin noch nicht so zu tanzen braucht, wie der Herr Oberbürgermeister pfeift. Die durch das Nachrichtenamt bekanntgegebene Erklärung hebt ausdrücklich hervor, daß — was selbstverständlich ist — die Stadtverordnetenversammlung ein gewichtiges Wort mitzureden hat. Daß aber die Linksparteien nicht selber den Parteien der Rechten die ersuchte „Neuorganisation“ besorgen werden, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. Solange die Linksparteien — wie jetzt — in der Stadtverordnetenversammlung die Mehrheit haben, wird das Planchen nicht gelingen.

## Furchtbare Bluttat in Berlin NO.

### Eine Person getötet, eine weitere schwer verletzt.

Eine furchtbare Bluttat verübte gestern abend gegen 8 Uhr der Sozialrentner Karl Reich, der in dem Hause Höchststr. 22 wohnt. Reich wohnt mit noch einem Mieter, dem 33 Jahre alten Händler Sally Dannenberg, auf einem Flur, wo beide eine Klosettstube inne haben. Schon seit längerer Zeit sollen die beiden Mieter wegen Wohnungstreitigkeiten in dauernder Feindschaft leben. Gestern abend wollte der Vater des Händlers Dannenberg bei seinem Sohn. Es kam wieder mit R. zu erregten Auseinandersetzungen, in deren Verlauf R. einen Revolver zog und vier Schüsse abgab. Sally Dannenberg wurde von zwei Schüssen in den Hals getroffen, die den sofortigen Tod herbeiführten. Der Vater erhielt zwei schwere Kopfschüsse. Er wurde nach dem Krankenhaus Am Friedrichshain transportiert, doch wird an seinem Aufkommen gezweifelt. Die Leiche des erschossenen Händlers wurde nach dem Leichenhause gebracht. Der Täter wurde von der Polizei festgenommen. Zu seiner Entschuldigun gibt er an, daß er von D. und seinem Vater angegriffen wurde und die Schüsse nur in der Notwehr abgegeben habe. Die Untersuchung wird ergeben, ob diese Darstellung der Wahrheit entspricht. Eine Vernehmung des schwerverletzten D. war bisher noch nicht möglich.

## „Warme Würstchen“

Anlässlich der vom 20. bis 28. März in der Funkhalle am Kaiserdamm stattfindenden Allgemeinen Ausstellung für das Fleischergewerbe veranstaltete der Interessenverband der Adressfleischer eine Demonstration der sachlichen Zerlegung einzelner Tierkörper sowie eine Vorführung der berufsmäßigen Herstellung von Würstchen. Der Herstellungsprozess der „Warmen Würstchen“ ist ein weit komplizierterer, als man wohl gemeinlich annimmt. Nur männliches Jungrindvieh kann Verwendung finden. Das Fleisch wird 4 bis 5 Tage vorgelassen, durch den Wolf gedreht, um dann mit Fett oder Schweinefleisch durchsetzt zu werden. Darauf wird die Masse verührt und bei eol. starker Trockenheit mit einer Kasse Wasser angeleuchtet. Die Abstreifmaschine füllt die Därme und teilt die Würstchen automatisch in ihre Längen. Im Rauch 35 Minuten hergerichtet, kommen sie ins Wasser, um sodann für den Massenkonsum fertig zu sein.

## Auch die Kürschner sind in Not.

Der Verband Deutscher Pelzwarenhändler lud in den Räumen der Deutschen Gesellschaft zu einer eigenen Veranstaltung. Der Vorsitzende Rames eröffnete den Nachmittag und führte in kurzen Worten aus, daß auch die Pelzindustrie arg darniederliege und unbedingt etwas gesehen müsse, um die Kaufkraft des Publikums zu erhöhen und dem Notstand der Kürschner zu wehren. Man sah Prachtexemplare an Schwarz-Weiß- und naturfarbenen Fächeln, sowie Platanenarbeiten in beige, maul usw. Es sprachen hierauf noch Sunditus Kasse vom Verband der Pelzwarenhändler, Karl Wegler, Obmann der Kürschnerinnung, Dr. Leo Zeilkin vom Reichsmittelwirtschaftsamt, Ministerialdirektor Scholtes und zuletzt Konful Braß, der Senior des Verbandes und Verfasser des

## Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 24. März.

Außer dem üblichen Tagesprogramm: 2.30 Uhr nachm.: Jugendbühne. (Unterhaltungsende). Die Fankprinzessin erzählt: Frühlingsmärchen. Die Fankprinzessin: Eva Holberg. 4.30-6 Uhr nachm.: Kammermusik von Haydn bis Schönberg. 6.55 Uhr abends: Dr. Georg Zohden: „Aerische Betrachtungen im Theater“. 7 Uhr abends: Dr. Olga Seelitz: „Das Schicksal des Musikers“. 7.25 Uhr abends: Theodor Kappstein: „Außerirdische Humoristen“. 7.55 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abt. Philosophie, Ministerialrat Dr. med. Alfred Beyer: „Psychologie der Gemeinschaft“. 8.30 Uhr abends: Alfred Kerr. 1. Einleitendes Wort (Heinz Stroh). 2. Alfred Kerr aus seinen Werken. 3. W. Branen: Kompositionen Kerschers Dichtungen (Edith Dinsy von der Berliner Staatsoper, Sopran). Am Flügel: Bruno Seidler-Winkler. 4. Aus Keers Dichtungen (Alfred Braun, Rezitation). 9.20 Uhr abends: Lustige Weisen (Berliner Fankkapelle). Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufman). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30-12 Uhr abends: Tanzmusik (Funktanzkapelle). Leitung: Konzertmeister Franz v. Szpanowski.

Königswusterhausen, Mittwoch, den 24. März.

2-3.30 Uhr nachm.: Studienrat Friebel und Lektor Mann: Englisch für Anfänger. 3.30-4 Uhr nachm.: Studienrat Friebel und Lektor Mann: Englisch für Fortgeschrittene. 4-4.30 Uhr nachm.: Frl. Studienrätin Dr. Agnes Molthan: Fragestunde und Werkbereich im Gesamtorganismus der höheren Schule. 4.30 bis 5 Uhr nachm.: Frl. Anna v. Gierke: Die pflegerischen Berufe. 8.30 Uhr abends: Uebertragung aus Berlin.

einzigsten bestehenden Fach- und Nachschlagewerkes über den Pelzhandel. Sie wollen vereint alles daran setzen, die durch die Wirtschaftskrise arg unterbundene Industrie wieder zu heben und vor allem dahin wirken, daß der Pelz nicht bloß als Zugzwangsmittel, sondern als ebenso kleidames, wie praktisches Kleidungsstück Verwendung findet. Denn nur auf dieser Grundlage ist Hilfe möglich. (Weider bildet bisher der hohe Preis der Pelzwaren einen Hindernisgrund.)

## Ein hartnäckiger Gläubiger.

### Brandstiftung aus Verärgerung und Rache.

Ein Opfer seiner überlegten und jähzornigen Handlungsweise ist der Schlosser Arno P. geworden. Unter der schweren Last der vorläufigen Brandstiftung mußte er sich nun vor dem Schwurgericht des Landgerichts III verantworten.

Es ist außerordentlich bedauerlich, daß gerade ein Mensch, wie der Angeklagte, so wenig Gemalt über sich selbst auszuüben vermag, der sich als einfacher Schlosser durch strebsamen Fleiß selbst so weit vorgebildet hatte, daß er die Stelle eines Verfassers und Buchführers bekleiden konnte. Wegen einer Forderung von 29 Mark an seine ehemaligen Wirtskollegen hatte er sich seine ganze Zukunft verlorben. Obwohl schon wiederholt in Prozessen vor dem Amtsgericht Lichtenberg in diesen Sachen verurteilt, konnte und wollte er sich nicht beruhigen. Zunächst laurierte er mit einem Revolver seinen früheren Wirt in der Wuhlsheide auf und schloß nach kurzem Wortwechsel auf ihn. Nur durch die Gastesgegenwart des Ueberfallenen wurde weiteres Unglück verhindert. R. aber wurde festgenommen, unter Anklage gestellt und wegen Körperverletzung verurteilt. Aber auch dies diente ihm nicht zur Warnung, sondern verführte ihn nur noch zu einem weiteren Racheakt. Eines Tages schlich er sich vor die Wohnungstür seiner ehemaligen Wirtskollegen, gab Spiritus aus, den er sofort anzündete. Auch in diesem Falle konnte durch sofortiges Eingreifen größerer Schaden verhütet werden. R. verjagte sich unmittelbar darauf in die Spree zu stürzen, konnte aber gerettet werden. Der Gefängnisarzt Dr. Hirsch schilderte die außerordentlich leichte Erregbarkeit des Angeklagten. Außerdem sei P. noch gelegentlich Epileptiker, den man als geistig nicht ganz vollwertig ansprechen könne. Das Schwurgericht verurteilte den Angeklagten wegen versuchter Brandstiftung zu 1 Jahr Zuchthaus.

## Eisenbahnbaurat Blüthgen tödlich verunglückt.

Am Dienstagmorgen ist der 48 Jahre alte Eisenbahnbaurat Blüthgen aus der Ködlerstr. 5 zu Lichterfelde tödlich verunglückt. Die Eisenbahnbrücken in Groß-Berlin werden ständig auf ihre Federungen geprüft, um ihre Halbarkeit festzustellen. Am Dienstagmorgen war eine Kommission der Eisenbahndirektion, darunter auch Baurat Blüthgen, mit solchen Beobachtungen und Kontrollen an einer Brücke in der Nähe des Bahnhofs Steglitz beschäftigt. Weil die Kommission auf dem Oberbau zu tun hatte, so wurden nach beiden Richtungen Posten aufgestellt, die beim Herannahen von Zügen zu warnen hatten. Als nun ein Zug von Potsdam her durchgefahren kam, trat die Kommission auf das Gleis des Postens zurück. Baurat Blüthgen muß aber wohl übersehen haben, daß zugleich von Berlin her ein anderer Zug kam, der ihn erfasste, ein Stück Weges mitschleifte und auf der Stelle tötete. Der Körper wurde förmlich zertrümmert.

## Abbruch des Lühnowprozesses?

Der Krankheitszustand des Angeklagten Dr. Frhr. v. Lühnow hat sich in den letzten Tagen noch erheblich verschlimmert. Bereits nach seiner letzten Vernehmung am Sonntag in Nikolassee war das Fieber bis auf 40 Grad gestiegen, seit Sonntag ist es nicht unter 39 Grad heruntergegangen. Der ärztliche Befund konstatiert eine schwere Lungen- und Rippenfellentzündung des Angeklagten. Der Krankheitszustand muß als lebensgefährlich bezeichnet werden. Hinzu kommt, daß v. Lühnows körperliches Befinden schon vorher durch die Untersuchungshaft von 15 Monaten stark beeinträchtigt war. Die Behandlung des Angeklagten haben außer den Gerichtsarzten Geh. Med.-Rat Dr. Strahmann und Med.-Rat Dr. Störmer noch der Spezialarzt Dr. Scheweizer, Nikolassee übernommen. Am heutigen Mittwoch früh werden die ärztlichen Sachverständigen dem Schöffengericht ein Gutachten über die Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten erstatten.

Kommunistische Erwerbslosen demonstration. Die kommunistische Partei veranstaltete am Dienstag abend eine Erwerbslosendemonstration im Lustgarten. Nachdem in den Nachmittagsstunden in den Bezirken kommunistische Erwerbslosenversammlungen stattgefunden hatten, formierten sich unter Vorantritt des Roten Frontkämpferbundes verschiedenezüge mit Fahnen und Schildern, die dem Zustande austrieben. Vor dem Dom am Schloß und an der Museumstraße sprachen einige Redner an den Versammelten. Verschiedentlich wurde Reichstag auf Lösung und Einberufung eines Erwerbslosenkongresses gefordert. Die Polizei hatte die Zugangsstraßen stark gesichert. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Bezirks-Mieter-Ausschuss der SPD. Groß-Berlin. Am Freitag, den 26. März 1926, abends 7 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftsraum (Saal 5) eine Sitzung der Wohnungs-Mietervertreter statt. Vortrag des Genossen Otto Kost über: Erhaltung der Altbauwohnungen. Aussprache. Der Besuch der Sitzung ist statutgemäß Pflicht aller im Wohnungswesen tätigen Genossen. Jede Abteilung muß vertreten sein.

Völkertamp und Sprachentwurf in der Tschekoslowakei. Ueber dieses aktuelle Thema sprach Genosse Dr. Emil Strauch, Chefredakteur des Prager „Sozialdemokrat“, Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie in der Tschekoslowakei, am Mittwoch, den 24. d. M., abends 8 Uhr, im Reichstagsgebäude. Eingang frei durch Portal V.

Bei der Freilicht-Morgensfeier, die das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold am kommenden Sonntag vormittag 11 1/2 Uhr im Deutschen Theater veranstaltet, hält Genosse Robert Greiner die Festrede. Im Rahmen der Veranstaltung gelangt auch G. v. Kerpelins „Denkmal des Erlebnis“ unter Mitwirkung einer Orchester zur Darstellung.

Der „Ausschuss für Hundestrogen“, die Epithenorganisation der kynologischen und Tierzuchtverbände beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der beschleunigten Erhöhung der Hundesteuer. Bekanntlich ist der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugegangen, nach der die Hundsteuer von 40 M. auf 70 M. für den ersten Hund erhöht werden soll. Der Ausschuss war der Ansicht, daß Verhandlungen mit den zuständigen Stellen deswegen keinen Wert hätten, weil diese ihre bei den letzten Verhandlungen gegebenen Zusagen nicht gehalten hätten. Sie hätten seiner-

Die Forman nicht-alkoholische  
Polongu Da nicht die unian  
Inklusivm-Lösungswasser-Forman

R.E.154  R.E.152

FÜR 4VOLT AKKUMULATOREN  FÜR 2VOLT AKKUMULATOREN

WUWUWUWU

zeit erklärt, daß an eine weitere Erhöhung der Hundsteuer über 40 M. nicht zu denken sei und trotzdem sei die jetzige Vorlage gekommen. Es ist beabsichtigt, auf Sonntag, 28. März, 11 Uhr, eine Protestversammlung nach dem Jürgens-Busch einzuberufen.

**Sprech-Chor für proletarische Feiertage.** Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, im Gesangs-Saal der Sophienstraße, Weinmeisterstraße 16/17: Liedergesunde.

### Aufdeckung einer großen Spritfälschung. Teinbranntwein aus Spirit mit Karbolsäure. — 240 000 Liter beschlagnahmt.

Einer ungeheuerlichen Spritfälschung, durch die in gewissen-losester Weise die Gesundheit vieler Menschen gefährdet worden wäre, wenn die Polizei nicht rechtzeitig zugegriffen hätte, sind die zuständigen Behörden in Hamburg und Köln auf die Spur gekommen.

Von den Beamten mehrerer Polizeien war festgestellt worden, daß an kleineren Bäckereien und Gastwirten in letzter Zeit größere Mengen Spirit geliefert wurden, über deren Ursprung man zunächst vollkommen im Unklaren war. Endlich gelang es jedoch, durch Ueberwachung eines Abnehmers festzustellen, daß dieser Spirit aus Köln kam, und schließlich vermochte man dort zu ermitteln, daß in der Außenstadt eine außerordentlich raffiniert angelegte Geheimbrennerei bestand, die mit den modernsten Mitteln der Technik ausgestattet war und die allerdings weniger die Aufgabe hatte, Spirit herzustellen, als vielmehr denaturierte Ware zu reinigen. Der Kölner Unternehmer hatte es verstanden, sich von der Reichsmonopolverwaltung große Mengen vergällten Branntweins zu beschaffen, unter der ausdrücklichen Versicherung, daß der Spirit für industrielle Zwecke Verwendung finden sollte. Die Ware wurde dann zunächst nach Hamburg geschafft und im Freizeigen gelagert, wo die Monopolverwaltung, um Schiebungen vorzubeugen, den Spirit mit Karbolsäure sehr stark versetzte und färbte. Die Fässer wurden dann auf dem Wasserwege nach Antwerpen geschafft, und mit Hilfe einer Anzahl von Mittelsmännern gelangte der Spirit dort wieder auf deutsches Zollgebiet und wurde in Mainz einige Zeit auf Lager gebracht. Von dort aus kam der Spiritus dann in Lastautos nach Köln-Chrenfeld. Hier war ein Laboratorium errichtet worden, wo unter der Leitung mehrerer Chemiker durch besondere Verfahren der Spirit wieder von der Karbolsäure und dem Farbstoff soweit befreit wurde, daß an der Farbe und an dem Geruch der Käufer nicht merken konnte, daß es sich um vergällten Spirit handelte. Von Köln-Chrenfeld kam dann der Trinfbranntwein in die Innenstadt, wurde hier nochmals bearbeitet, und ein ganzes Heer von Agenten sorgte dafür, daß die Ware im Reich Absatz fand. Bisher konnten die Polizeibehörden 240 000 Liter beschlagnahmen, die noch der „chemischen Reinigung“ harren, und auch in Hamburg sind große Mengen der dort noch liegenden Fässer festgestellt und von der Polizei abgefährt worden. In Köln sind bereits eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen worden, doch sind noch weitere Festnahmen in dieser Sache zu erwarten.

### Sport.

**Müller und Lewanow am kommenden Sonntag auf der Olympia-Rehennbahn.** Als zweite Berliner Bahn wird am kommenden Sonntag die Olympia-Rehennbahn mit einem erheblichen Zuschuß auf allen Plätzen die Sommerkation eröffnen. Entsprechend der Reizezeit kommen drei kurze Rennterminen zum Austrag und zwar über 15, 30 und 40 Kilometer. Nebenbei ist für dieses Rennen bis in diesem Jahre als Sechstagesgemeinschaft so besonders erfolgreich gemeldet. Die Fahrer kommen von vorbereitete am Start. Die Veranstaltungen mit weiteren ersten Rennen am kommenden Sonntag. Die Fahrer sind um 3 Uhr.

### Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

**Wahltag, Wahlversammlung.** Da die Wahlen für die Erlaubnis der Sozialisten für die Wahl 1906 einseitig werden müssen, bitten wir um Unterstützung bei allen Versammlungen. Die neuen Wahlen, die keine Ausnahme auf Wahlversammlungen haben, können jedoch nach Befreiung sein.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute von 6-7 Uhr Besprechung der Wahlversammlungen.

**Arbeitervereine.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

**Wahltag, Wahlversammlung.** Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Innenministerium.

# Otto Braun für Reichseinheit.

## Antwort an die deutschnationalen Intriganten.

Der Landtag setzte gestern beim Haushalt des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten die auswärtige Debatte fort. Abg. Müller-Franken (W. Bgg.): Die Wirtschaftliche Vereinigung erstrebe die Böhmerveränderung, den Böhmerfrieden und den Böhmeraufbau. Aber der Geist von Locarno könne erst dann glaubhaft werden, wenn man ihn ebenso sieht und fühlt, wie man leider seinen Gegensatz durch die praktischen Erfahrungen kennen lernte. Sind wir schon so weit heruntergekommen, daß man uns gegenüber nicht einmal seine Rechtsverpflichtung zu halten braucht? (Beifalles: Sehr richtig! rechts.)

Abg. Wulle (völk.) erklärt, da der preussische Ministerpräsident die stärkste Stütze der Dames- und Locarno-Politik gewesen sei, sei auch der Zusammenbruch von Gens ein Zusammenbruch der Politik des preussischen Ministerpräsidenten.

Abg. Baczyński (Pole) spricht Deutschland das Recht ab, für die deutschen Minderheiten im Ausland einzutreten, ehe Deutschland nicht die Minderheitsfrage im eigenen Lande geregelt habe. (!)

### Abg. Dr. Hamburger (Soz.)

wiederholt die Erklärung seiner Freunde, daß an der bisherigen auswärtigen Politik festzuhalten sei. Die Doppelkonstruktion zwischen Reich und Ländern müsse den Ländern große Reserviertheit aufzuerlegen. Böhmen solle es führen, wenn Preußen die Reichsaussenpolitik zu durchkreuzen veruche, wie es Bayern verschiedentlich getan habe. Das Resümee Dr. Windlers über die politischen Folgen von Locarno und Gens sei verfehlt gewesen. „Italien unser Feind!“ Das sei nicht richtig. Nicht das italienische Volk, sondern die faschistische Regierung mit Mussolini sei unser Feind. „Spanien verstimmt!“ Gesah das nicht auf Grund der Kündigung des spanischen Handelsvertrages, die auf Betreiben der Deutschnationalen geschah. Sondern, positive Vorschläge habe Dr. Windler nicht gemacht. Der Redner kritisiert das Verhalten des Vorsitzenden der schlesischen Landwirtschaftskammer, der ständig Stellung nehme gegen die Politik der preussischen Staatsregierung. Auch die ostpreussische Landwirtschaftskammer habe in Broschüren Sitze gebracht, monach man die Angliederung Ostpreußens an Polen unter bestimmten Voraussetzungen fördern müsse. Ostpreußen sei für Polen der Pfahl, der beiseitigt werden müsse. Solche Kränkungen könne man doch nur, um mit Herrn Dr. Ledig zu reden, Darlegungen eines Idioten oder eines Landesverrätters nennen. In dem Rotprogramm der Deutschnationalen sei nur ein Kampf für Steuererleichterung zu entdecken — gegen Steuern, die von den Rechtsparteien gemacht seien. Nichts sei darin zu finden von der Preispolitik der Kartelle und der Schädlichkeit der hohen Zölle! Abbau des Parlamentarismus der Deutschnationalen. Den Staatrat könnten wir sofort beseitigen! Die Mitgliederzahl beim Reichswirtschaftsrat könne sofort heruntergeleitet werden!

Eine nützliche Sparmaßnahme können wir nur erzielen, wenn wir zum Einheitslokal kommen.

In der Siedlung wünschen auch wir, daß neben den preussischen Behörden nicht noch besondere Reichsverwaltungsstellen errichtet werden. Wir wünschen ferner, daß die Teilnahme an der Verfassungsfeier den Beamten zur dienlichen Pflicht gemacht werde. Unanrührt sei der Fall des Amtsgerichtsrats Müller in Löwenberg, der zur Verfassungsfeier in einem nicht sehr angemessenen Anzug und angetan mit den Abzeichen des Jungdeutschen Ordens erschienen sei. Der Redner weist zum Schluß die Angriffe des polnischen Deutschland zurück.

Abg. Baender-Berlin (Dnat.) erklärt zu den Einverleibungsabsichten Preußens, daß seine Fraktion im Gegensatz zu dem Ministerpräsidenten nicht wünsche, daß dadurch die föderalistische Grundlage des Reiches gefährdet werde. Weiter wendet sich der Redner gegen den vom Staate vorgenommenen Ankauf der Druckerei der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und gegen die Rede des Ministerpräsidenten auf der Hamburger Reichsbannerkundgebung. Zur Außenpolitik führt der Redner u. a. aus: Es wärs Sache des größten Landes, Preußen, eine Veränderung der Reichsaussenpolitik herbeizuführen. Da das gegenwärtige preussische Kabinett diese Veränderung nicht durchführen wird, sprechen wir ihm unsere schärfste Opposition und unser Mißtrauen aus. (Beifalles: Beifall bei den Deutschnationalen, Zischen links.)

### Ministerpräsident Braun:

Ich erkenne an, daß die gegenwärtige Situation den Deutschnationalen gutes Material für ihre Agitation liefert und nehme es ihnen nicht übel, daß sie diese Gelegenheit weidlich ausnützen. Ich frage mich nur, was dabei für das Land herauskommt. (Sehr richtig! links.) Es bleibt bei den Reden der Deutschnationalen doch immer nur das große Fragezeichen: Was dann? Sie (zu den Deutschnationalen) haben mir in einer neuen Form das Mißtrauen ausgesprochen. Aber ich glaube, es liegt Ihnen der Mut für die Konsequenz Ihres Mißtrauens. Zum Mut der Konsequenz gehört in diesem Falle, daß Sie über Ihr Mißtrauensvotum einen Beschluß des Landtags herbeiführen. Es fehlt Ihnen aber der Mut zu dieser Konsequenz. (Gelächter rechts.) Ich habe keine Veranlassung, von dieser Stelle aus die Außenpolitik der Reichsregierung zu verteidigen. Gewiß, es kann Situationen geben, wo auch die Landesparlamente, wenn es sich um vitale Interessen des Landes handelt, zu einzelnen konkreten Fragen der Außenpolitik Stellung nehmen. Wenn aber die zahlreichen deutschen Landesparlamente zu allen Fragen der Außenpolitik Stellung nehmen wollten, dann weiß ich nicht, wie eindrucksvoll und wirkungsvoll das Deutsche Reich außenpolitisch in Erscheinung tritt. (Beifalles: Sehr richtig! links.)

Wir müssen daran festhalten, daß die Führung in der Außenpolitik in der Hand der Reichsregierung liegt, die dem Reichstag als der Vertretung des Deutschen Reiches verantwortlich ist.

(Zuruf bei den Deutschnationalen: Auch wenn Preußen vor die Hunde geht!) Das Preußen nicht vor die Hunde geht, werde ich zu erreichen suchen, solange ich die Ehre habe, an dieser Stelle zu stehen. (Gelächter rechts.) Die deutschnationalen Redner haben schärfste Kritik geübt, aber nicht einen einzigen Weg genannt, der uns aus dem Dilemma herausführen könnte. (Widerspruch rechts.) Nicht ein politischer Vorschlag befindet sich auch heute wieder in der Rede des Abg. Baender. (Sehr wahr! links.) Wenn ich aber kritisiere, dann bin ich, besonders als Vertreter einer großen Partei, verpflichtet, einen Weg zu zeigen, den ich für den richtigen halte. (Sehr richtig! links.) Dieser Weg ist die Fortsetzung der bisherigen Politik.

Ich bin jetzt zwei Tage lang mit dem Reichspräsidenten im ehemals besetzten Gebiet gewesen. Aus allen Rundgebungen ist uns der helle Jubel der Bevölkerung entgegengekommen, daß endlich das Land frei geworden war. Diese Freiheit ist der konsequente Politik zuzuschreiben, die bisher von der Reichsregierung eingehalten wurde. (Lachen bei den Dnat.) Für ganz Deutschland ist es aber ein Fortschritt gewesen, daß wir zum Londoner Abkommen gekommen sind. Es war ein Schritt auf dem Wege, uns wieder emporzuarbeiten. Deshalb hat auch die preussische Regierung bisher die Politik der Reichsregierung unterstützt und wird sie weiter unterstützen, auch auf die Gefahr hin, von Ihnen (nach rechts) ein Mißtrauensvotum zu bekommen.

Der Ministerpräsident wendet sich hierauf der Frage der Minderheitsregelung zu und erklärt, daß diese Regelung für uns viel schwieriger sei als für unsere Gegner. Leider befinden sich ungemein mehr deutschsprachige Bevölkerungsteile unter fremder Staatshoheit als umgekehrt der Fall ist. Nach langen Verhandlungen haben wir eine Regelung Dänemark gegenüber gefunden. Dort handelte es sich um zwei Grenzgebirge, die kommissarisch waren und die sich in ihrer Kultur nahestanden. Im Osten ist die Regelung der Frage viel schwieriger. Für Preußen und für das Reich ist die Frage danach einzustellen, was im Interesse unseres Volkes liegt. Dem Vorschlag, die Angelegenheit durch ein Reichsgesetz zu regeln, kann ich nicht ohne weiteres zustimmen. In der Siedlungsfrage verweist der Ministerpräsident auf seine Kränkung im Ausschuss und wiederholt seine Erklärung, daß die Schaffung eigener Reichsbehörden von Preußen abgelehnt werden müsse.

Der Ministerpräsident äußert sich dann über die Frage der Einbeziehung kleinerer deutscher Länder.

Wenn in einer Reihe solcher deutscher Kleinstaat die Auffassung Platz greift und sich verbreitet, daß diese Kleinstaat mit ihrem selbständigen Regierungsapparat in unserer heutigen wirtschaftlichen Notzeit nicht am Platze sind und daß es zweckmäßig sei, sich einem größeren Staate, vor allem Preußen, als dem größten deutschen Staate, anzuschließen. Können wir das nur begrüßen. Wir werden diese Bestrebungen nicht gerade aktiv unterstützen, ihnen aber auch nicht in den Weg legen. (Beifall links.) In der Frage Groß-Hamburg bitte ich nochmals, wie schon im Ausschuss, jetzt keinen besonderen Landtagsausschuss einzusetzen. Was die Stimmgabe der preussischen Vertreter im Reichsrat anbelangt, so schweben über diese Vorlage noch die Verhandlungen. Eine einheitliche Stimmgabe ist durchaus erwünscht. Bisher ist nur der geeignete Weg für dieses Ziel noch nicht gefunden worden. Sondern, falls liegt der jetzige Zustand der Zerstückelung der preussischen Stimmen im Reichsrat nicht im Interesse der oft vom Landtag geäußerten Wünsche. Bezüglich der Belegung des freien Postens in Verwaltungsrat der Reichsbahn durch einen preussischen Vertreter möchte ich nochmals klar zum Ausdruck bringen, daß gegenüber dem Standpunkt des Reichsanstalters es mir zweifellos erscheint, daß Preußen das Recht hat, über die Belegung dieses Postens zu bestimmen. Zu meiner Hamburger Reichsbannerrede, die wiederholt von der Rechten angegriffen worden ist, habe ich mich bereits schriftlich und mündlich geäußert.

Ich habe von einzelnen Gruppen der Rechtspflege gesprochen. Die sich schühend vor die Feinde der Republik stellen. Ich habe mich sehr deutlich geäußert.

Meine Ausführungen bezogen sich lediglich auf den Ausschluß der Öffentlichkeit in Kammerprojekten. Wenn das Gericht erst Reichsregierung und Staatsregierung fragt, ob es im Staatsinteresse erforderlich ist, die Öffentlichkeit auszuschließen, und wenn es dann von beiden Seiten die Mitteilung bekommt, das Staatsinteresse erhebe nicht den Ausschluß der Öffentlichkeit, sondern im Gegenteil, die Regierungen hätten ein Interesse daran, daß öffentlich getagt wird, und wenn das Gericht dann erklärt: mir schließt die Öffentlichkeit aus! muß ich erklären, daß mir dieses Vorgehen unverständlich ist. (Beifalles: Zurufe des Abg. Stempel, D. Sp.: Unschuldige Leute haben vier Wochen im Gefängnis sitzen.) Nennen Sie, Herr Abg. Stempel, zum Tode verurteilte Leute ungeschuldig? Der Beschluß des Gerichts auf Ausschluß der Öffentlichkeit ist auch durch den Gang der Verhandlungen in keiner Weise begründet worden.

So daß der Eindruck entstehen muß, daß man sich schühend vor die Hintermänner gestellt hat, auf die die Fememorde zurückzuführen sind. (Sehr richtig! links.)

Solange es nicht gelingt, die intellektuellen Urheber dieser schaukulischen Morde zu bekommen... (großer Beifall rechts; die nächsten Ausführungen des Ministerpräsidenten bleiben auf den Tribünen unverständlich.) Die rechtsgerichteten Organisations haben jahrelang in einer Weise die republikanisch denkenden Teile des Volkes angegriffen, daß aus dem Wunsch nach der Verteidigung des heutigen Staates heraus das Reichsbanner entstanden ist. (Beif. Sehr wahr! links.) Der große Aufschwung des Reichsbanners entspringt einem tiefgefühlten Bedürfnis weiteher Kreise des Volkes (fortgelehrt Beifall rechts). Das Reichsbanner wird weiter wachsen, solange dieses Bedürfnis vorhanden ist solange, bis die Notwendigkeit der republikanischen Staatsform im ganzen Volk anerkannt ist. Ich nehme für mich in Anspruch, die heutige Staatsform als Minister eines republikanischen Staates zu verteidigen, und diejenigen Staatsbürger und ihre Organisations nicht nur zu unterstützen, sondern zu loben und zu fördern, die sich gegen die staatsfeindlichen Organisations zusammengefunden haben. (Beif. langanhaltender Beifall links und in der Mitte; Zischen rechts; verschärfter Beifall links.)

Es kommen noch die Abg. Grobe (D.), Wlemer (D. Sp.), Grube (Kamm.), Klamt (W. Bgg.), Bahem (Dnat.), Kiedel (Dem.) und Fißel (D.-Hann.) zu Wort. Bis auf die Abstimmungen über die angeforderten Titel, die am Donnerstag stattfinden sollen, wurde die zweite Beratung dieses Etats erledigt. Gegen 4 1/2 Uhr verlegt sich der Landtag auf Mittwoch 12 Uhr: Anträge Schupo-Gesetz, Wohlfahrts-Haushalt.

### Kommunistischer Mißtrauensantrag.

Die kommunistische Fraktion des Landtages hat einen Antrag eingebracht, dem preussischen Staatsministerium das Vertrauen zu entziehen. Der Antrag ist mit der Stellung des Kabinetts zu Außenpolitik des Reiches und mit seiner Innenpolitik begründet.

157

# SCHUMMHOFF sind

## Ausnahme Tage

an jedem Monatsende. Richtige Artikel u. außergewöhnliche Preise sind die Kennzeichen!

# Anmeldung von Aufwertungsansprüchen.

## Ein wichtiger Aufwertungstermin.

Für die Gläubiger und Sparer ist der 31. März 1926 ein sehr wichtiger Tag. Wer bis zu diesem Termin Ansprüche geltend zu machen hat, muß sich beeilen, wenn er sich nicht weiteren schweren Schäden aussetzen will. Zunächst ist der 31. März von Wichtigkeit für

### die Anteilhabhaber.

Die Frist für die Anmeldung der Marktanleihen zum Umtausch in die Anteilhabhaberschaft war durch Verordnung des Reichsfinanzministers zuerst auf die Zeit vom 5. Oktober 1925 bis 28. Februar 1926 festgesetzt. Da die Anmeldungen in den letzten Tagen des Februar sich stark häuften und zu befürchten war, daß zahlreiche Anteilhabhaber mit ihrer Anmeldung zu spät kommen würden, hat der Reichsfinanzminister die Frist bis zum 31. März 1926 verlängert. Mit einer weiteren Verlängerung ist nicht zu rechnen. Ein Anteilhaber, der bis zum 31. März nicht bei einer Anmeldestelle gemeldet ist, geht der Vorzüge verlustig, die das Anteilhabhaberschaftsgesetz vom 16. Juli 1925 gewährt. Diese Vorzüge bestehen in dem Recht auf Teilnahme an der Auslösung und auf Vorzugsrente, falls der Besitzer bedürftig ist.

### Wo sind Ansprüche anzumelden.

Anteilhabhaber sind Marktanleihen des Reiches, die der Gläubiger nachweislich vor dem 1. Juli 1920 erworben hat und die ihm von dem Erwerb bis zur Anmeldung ununterbrochen gehört haben. Das Gesetz trifft eine Reihe von Einzelbestimmungen darüber, daß Anleihen als vor dem 1. Juli 1920 erworben gelten, wenn sie zwar nach diesem Termin erworben, der Anspruch darauf aber schon vor dem 1. Juli 1920 begründet wurde. Die Anmeldung hat zu erfolgen bei einer Vermittlungsstelle. Als Vermittlungsstellen gelten öffentlich-rechtliche Kreditanstalten, öffentliche Sparkassen, in das Handelsregister eingetragene Bankgeschäfte, Kreditgenossenschaften, die den Revisionssverbänden angehören, Zentralkassen landwirtschaftlicher Genossenschaften und die Raiffeisenbank-Vereinigungen oder ihre Zweigstellen.

### Die Notwendigkeit der Beschleunigung.

Es genügt aber nicht, daß die Anmeldung bei einer dieser Vermittlungsstellen bis zum 31. März erfolgt ist. Die Verordnung des Reichsfinanzministers vom 8. September 1925 bestimmt vielmehr: „Als Tag der Anmeldung gilt der Tag, an dem die Anmeldung der Anmeldestelle zugeht.“ Anmeldestellen sind nun nicht die soeben genannten „Vermittlungsstellen“, sondern die Reichshauptbank und die Reichsbankanstalten. Die Anmeldung muß also erst von der Vermittlungsstelle weitergegeben werden und so spätestens am 31. März in die Hände einer Reichsbankanstalt gelangen. Es ist deshalb dringend zu empfehlen, soweit es nicht schon geschehen, die Anmeldung sofort zu besorgen, weil sonst keine Gewißheit dafür besteht, daß sie von der Vermittlungsstelle noch rechtzeitig an eine Reichsbankanstalt übergeben wird. Der Anmeldende muß die umzutauschenden Schuldurkunden nebst Erneuerungs- und Zinscheinen beigelegt werden. Mit der Anmeldung muß zugleich der Antrag auf Gewährung von Auslösungsrechten gestellt werden. Wird dieser Antrag nicht gestellt, so verliert der Anteilhaber seine Rechte. Auch für diesen Antrag läuft die Frist am 31. März ab.

### Die Bedeutung der Auslösungsrechte.

Der Besitz von Auslösungsrechten ist die Voraussetzung der Gewährung von Vorzugsrente. Die große Mehrzahl der bedürftigen Anteilhaber hat bisher nicht gewußt, daß sie sich die Vorzugsrente schon vom November 1925 hätten sichern können. Sie hätten im Oktober 1925 bereits ihre Anleihen anmelden, den Antrag auf Gewährung von Auslösungsrechten und den weiteren Antrag auf Gewährung der Vorzugsrente stellen können. Nur wenige haben das getan und sich damit den Anspruch auf Zahlung der Vorzugsrente vom 1. November 1925 ab gesichert. Nach den geltenden Vorschriften bekommen die bedürftigen Anteilhaber nämlich die Rente vom Beginn des auf die Anmeldung folgenden Monats. Um nun die große Masse der Berechtigten, die ihren Antrag später gestellt haben, nicht zu schwer unter der Unkenntnis der Vorschriften leiden zu lassen, hat die Sozialdemokratie im Reichstag den Antrag gestellt und durchgesetzt, daß sämtliche vom 1. Januar bis 31. März 1926 gestellten Anträge auf Gewährung von Vorzugsrente als gleichzeitig gestellt gelten und in allen diesen Fällen die Rente ab 1. Januar 1926 gewährt wird. Die Regierung hat die Erfüllung dieses Antrags zugesagt. Für eine Gewährung aller Renten vom 1. Oktober 1925 an waren weder die bürgerlichen Parteien noch die Regierung zu gewinnen.

Wird nunmehr der Antrag auf Gewährung der Vorzugsrente statt vor erst nach dem 1. April 1926 gestellt, so bedeutet das den Verlust des Rentenbezugs für wenigstens vier Monate. Denn Renten, die im April beantragt werden, beginnen frühestens am 1. Mai zu fließen. Darum sofort bei der Bezirksfürsorgestelle den Antrag auf Gewährung der Vorzugsrente stellen!

Als bedürftig gilt, wer im letzten Kalenderjahr nicht mehr als 600 R. Einkommen gehabt hat, wobei Unterhaltsleistungen, Versorgungsbezüge und Sozialrenten außer Anrechnung bleiben. Die Vorzugsrente beträgt mindestens 2 Proz. des ursprünglichen Anleihebetrages; sie steigt auf 2½ Proz., wenn der Berechtigte zugunsten des Reichs auf sein Auslösungsrecht verzichtet, auf 3 Proz., wenn er außerdem mehr als 60 Jahre alt ist. — Ferner ist der 31. März von Bedeutung für

### die Hypothekengläubiger und -schuldner.

Spätestens bis zu diesem Termin müssen bei der Aufwertungsstelle die Anträge gestellt sein, die eine Herabsetzung des Aufwertungsbeitrages nach § 8 und § 15 des Aufwertungs-gesetzes zum Ziel haben. Nach § 8 kann Herabsetzung der 25 prozentigen Aufwertung bis auf 15 Proz. verlangt werden, wenn die Hypothek noch besteht und wenn es mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage des Schuldners zur Abwendung einer großen Unbilligkeit unabweisbar erscheint. Nach § 15 kann die rückwirkende Aufwertung einer schon getilgten Hypothek ganz oder teilweise unterbleiben, wenn der Schuldner erhebliche Verluste infolge des Währungsverfalls erlitten hat, oder wenn andere ungünstige Verhältnisse, die das Gesetz nennt, vorliegen.

Endlich muß der Antrag auf Abweichung von dem normalen Höchsttag nach unten oder oben bei Aufwertung der persönlichen Forderung nach § 12 vor dem 1. April 1926 bei der Aufwertungsstelle eingereicht werden, alle Gläubiger und Sparer haben also Anlaß, rasch die zur Bohrung ihrer Rechte und Ansprüche nötigen Schritte zu tun.

Wilhelm Reil

### Die Verluste der Preussischen Staatsbank.

In ihrem neuesten Verwaltungsbericht für 1926 hebt die Preussische Staatsbank (Seehandlung) hervor, daß sie bemüht gewesen ist, an der Herabdrückung der Zinssätze mitzuarbeiten. Ausgewiesen wird ein Verlustposten von 23 798 161,80 Mark, der Abschreibungen auf Forderungen aus Kreditgeschäften des Jahres 1924 darstellt. Mit diesem Betrage, zu dem noch rund 1,8 Millionen Mark Verluste auf Wertpapiere hinzukommen, die aus jenen Geschäften herrühren, gibt die Staatsbank ihren Gesamtverlust aus den bekannten Kreditgeschäften des Jahres 1924 an. Zur Tilgung dieser Verluste reicht der im übrigen 11 421 882,59 Mark betragende Gewinn des laufenden Geschäftsjahres zuzüglich Rücklage von 3 Millionen Mark und der Rückstellung für Kreditverluste von rund 4,8 Millionen Mark nicht aus, vielmehr verbleibt ein Fehlbetrag von 4 578 043,28 Mark, der als Verlust vorgetragen worden und aus den Erträgen des Jahres 1926 zu tilgen ist, sobald von einer Herabsetzung des Grundkapitals abgesehen werden konnte.

Dem Bericht ist ein neues Statut der Staatsbank beigegeben, das vom Staatsministerium am 11. März 1926 beschlossen ist und die Leitung der Bank durch ein Kollegium an Stelle der bureaukratischen Präsidialverwaltung einführt.

Die Industriebeamten-Sparbank e. G. m. b. H., eine Arbeitnehmersparbank auf genossenschaftlicher Grundlage, hielt am 11. März ihre 14. ordentliche Generalversammlung ab. Die Bank wurde im Jahre 1912 in Anlehnung an den Bund der technischen Angestellten und Beamten (Buntab) gegründet. Sie wertete ihre Geschäftsanteile mit 40 und ihre Spareinlagen mit 42 Proz. auf. Diese hohe Aufwertung hat ihr einen vollen Erfolg gebracht. Das neue Sparkapital ist im Jahre 1925 von 45 000 R. auf 290 000 R. angewachsen. Die gesamten Kreditoren der Bank belaufen sich auf rund 333 000 R. Von dem über 800 Genossen gezeichneten Geschäftskapital in Höhe von 104 100 R. waren am Jahreschluss 74 000 R. (71,5 Proz.) eingezahlt. Die offenen Reserven belaufen sich auf rund 21 000 R. Kasse, Wertpapiere und Wechsel betragen 136 000 R., Hypotheken 160 000 R., Debitoren 210 000 R. Aus dem Reingewinn von 9200 R. wird eine Dividende von 10 Proz. verteilt.

Elektrische Licht- und Kraftanlagen A.-G. Eine der größten Dachgesellschaften der Elektrizitätsindustrie erklärte zur Lage des Gewerbes in der Generalversammlung folgendes: Durch die Wirtschaftskrisis und die damit verbundenen Stilllegungen und Betriebs-einschränkungen ist ein Rückgang des Stromverbrauches eingetreten, der aber mehr als wettgemacht wurde durch die Umstellung vieler Betriebe auf Elektrizität. Im übrigen fand in der Versammlung eine interessante Debatte über Aufwertungsfragen statt. Den Obligationären ist seinerzeit das Angebot gemacht worden, je 10 000 R. ihrer 4½ Proz.-Friedensobligationen in eine Aktie (Nennwert 60 R.) umzutauschen. Nach dem Gesetz steht ihnen ein Aufwertungsanspruch von 25 Proz. zu; das wären 2500 R. für 10 000 R. Es erhob nun ein Aktionär die Frage, ob die Verwaltung nicht den Obligationären, die vom Umtauschrecht Gebrauch gemacht hätten, die Differenz zwischen dem Aktienbetrag, den sie durch Aktienumtausch und den Aufwertungsbeitrag, dessen sie durch Umtausch verlustig gegangen wären, herauszahlen würde. Befehlig sei die Gesellschaft dazu verpflichtet. Die Verwaltung erklärte hierzu, sie wäre materiell insofern an dieser Frage nicht interessiert, als sie den Betrag, den sie infolge der nicht vorgenommenen Aufwertung ersparen würde, als Obligationsteuer dem Fiskus zahlen müsse. Wenn die Obligationäre auf dem Klagenwege die Anerkennung der Berechtigung ihres Anspruchs durchsetzen und damit die Zurückzahlung der Obligationensteuer an die Gesellschaft erreichen würden, dann würde die Gesellschaft zahlen, und zwar zahle sie lieber den Obligationären als dem Fiskus. Eine doppelte Zahlung aber könne niemand der Gesellschaft zumuten.

Extrajulagen für Aufsichtsratsmitglieder. Das Beispiel der Reichsbahn macht Schule. In der Generalversammlung der Deutschen Telephonwerke, deren überwiegende Aktienmajorität in den Händen der Elektrischen Licht- und Kraftanlagen A.-G. befindet, wurde eine Statutenänderung angenommen, nach der Mitglieder des Aufsichtsrats für besondere Leistungen besondere Vergütungen erhalten. Wie ist es mit der Bezahlung von Extrajulagen der Arbeiter der Gesellschaft? Diese Bezahlung wäre um so mehr angebracht, als die Arbeiten der Gesellschaft, Anlagen von Telephonämtern für die Reichspostverwaltung, besonders hochqualifizierte Arbeiter erfordern. Die Gesellschaft hätte nach den von ihr selbst abgegebenen Erklärungen Veranlassung, mit ihren Mitteln hauszuhalten. Sie befragt sich über die starke Beanspruchung des Betriebskapitals, die dadurch eintritt, daß die Fertigstellung und Abrechnung oft mehr als ein Jahr Zeit in Anspruch nimmt. Der Geschäftsgang war sehr lebhaft bei steigenden Umsätzen und wachsendem Auftragsbestand. Es wurden bei einem Aktienkapital von 7 200 000 R. ein Reingewinn von 476 233 R. erzielt, aus dem eine Dividende von 6 Proz. zur Verteilung gelangt.

Aufnahme der Exportkreditversicherung vor Mitte April. Die Verhandlungen der Exportkreditversicherungskommission mit den Regierungsvertretern über die einzelnen Punkte der technischen Durchführung nehmen, laut „Konjunktur-Korrespondenz“, befriedigenden Verlauf. Es ist mit Sicherheit zu rechnen, daß kurz nach Ostern, jedenfalls vor dem 15. April, die praktische Tätigkeit in der Exportkreditversicherung aufgenommen wird.

Ueberflus an Branntwein! Der Bericht der Reichsmonopolverwaltung für Februar bestätigt die von uns begründete Auffassung, daß alles getan werden muß, um durch Steigerung des Alkoholverbrauchs für technische Zwecke eine Entlastung von den großen Vorräten an diesem Material herbeizuführen. Im Februar 1926 wurden zusammen hergestellt 316 923 Hektoliter Branntwein; am Beginn des Monats betrug die Bestände der Reichsmonopolverwaltung an unverarbeitungsfähigem Branntwein 1 476 719 Hektoliter. Der Gesamtbestand betrug 306 003 Hektoliter, der Gesamtbestand 1 611 979 Hektoliter. Am Schluss des Monats betrug die Bestände der Reichsmonopolverwaltung 1 620 743 Hektoliter.

### Der Arbeitsmarkt in der dritten Märzwoche.

Nach den Berichten der Landesarbeitsämter für die dritte Märzwoche hat die Vermittlungstätigkeit für die Landwirtschaft lebhafter eingesetzt, so daß namentlich in landwirtschaftlichen Bezirken eine schwache Entspannung auf dem Markt zu verzeichnen ist. Weiterhin verschlechtert hat sich die Lage im Steinkohlenbergbau (Bessingen, Rheinland) und in der Hüttenindustrie. Aber auch der Beschäftigungsgrad in der Maschinenindustrie hat sich keineswegs verbessert. Zum Teil wird die mangelnde Verbesserung der Situation darauf zurückgeführt, daß der Baumarkt sich immer noch nicht recht beleben konnte. Besserung zeigen die Textilindustrie, das Verkehrs- und Steinbruchgewerbe und der Braunkohlenbergbau.

### Förderung der Arbeitsaufnahme im Frühjahr.

Das Reichsarbeitsministerium hat gemeinsam mit den Landesregierungen besondere Maßnahmen getroffen, um sicherzustellen, daß die Arbeitsgelegenheiten, die zurzeit vor allem in der Landwirtschaft und andere Nebenberufe bieten, auch restlos ausgenutzt werden. Es sind, wie schon wiederholt in früheren Jahren den Landesämtern zur Arbeitsvermittlung Reichs- und Landesmittel zur Verfügung gestellt worden, um durch Beihilfen zu den Reisekosten die Vermittlung städtischer Arbeitskräfte, vor allem Jugendlicher, in die Landwirtschaft zu ermöglichen.

Im vergangenen Jahre ist es, abgesehen von den städtischen Arbeitskräften, die die öffentlichen Arbeitsnachweise unmittelbar in die Landwirtschaft vermitteln, gelungen, im Wege des zwischenörtlichen Verkehrs, etwa 20 000 Arbeitnehmer, davon allein 10 000 meist Jugendliche aus den besetzten Gebieten, in die Landwirtschaft Ost-, Mittel- und Süddeutschlands zu vermitteln. Es ist damit zu rechnen, daß diese Zahlen in diesem Jahre noch erheblich gesteigert werden.

Man hat vor allem mit der Vermittlung von Jugendlichen in die Landwirtschaft verhältnismäßig gute Erfahrungen gemacht. Gleichzeitig wird alles getan, um die Arbeitsnachweisebehörden, die gegenwärtig fast völlig von den Aufgaben der Erwerbslosenfürsorge in Anspruch genommen sind, instandzusetzen, möglichst alle sich bietenden Arbeitsgelegenheiten restlos zu erfassen. Es muß erreicht werden, die Arbeitslosigkeit auf das Maß herabzudrücken, das dem tatsächlichen Mangel an Arbeitsgelegenheiten entspricht.

### Mißstände im Kohlenhandel.

#### Eine Entscheidung des Reichswirtschaftsministers.

Gegenüber den Verhören verschiedener Wirtschaftsgruppen, die amtliche Bekämpfung von Mißbräuchen der Kartellgewalt und der Preisregelung zu befeitigen, ist eine Entscheidung des Reichswirtschaftsministeriums interessant, deren Begründung die Mißstände im Kohlenhandel außerordentlich drastisch beleuchtet.

In einer der nächsten Nummern des „Deutschen Reichsanzeigers“ und „Preussischen Staatsanzeigers“ wird eine Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers veröffentlicht werden, in der den Mitgliedern der „Freien Vereinigung der Kohlenhändler Lübeck e. V.“ in Lübeck, eines örtlichen Kohlenhändlerkartells, das Kündigungsrecht nach § 4 Ziffer 2 der Kartellverordnung eingeräumt wird. Zu diesem Vorgehen hat sich der Reichswirtschaftsminister veranlaßt gesehen, weil mit bindender Wirkung für die Mitglieder die zuständige Kommission des Vereins Preise für den Kleinverkauf von Brennstoffen festgelegt hatte, die volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigt sind und weil die Vereinigung rechtswidrige Materialbezugs-sperren gegen Kohlenhändler verhängt hat. Die Preise, welche die Kommission der Vereinigung festgelegt hat, legen Ansätze für Leistungen und Kosten zugrunde, die auf unrichtigen Annahmen beruhen, zum Teil nur erhebliche Beaufschlagungen einschließen. In die

Deckung des Brennstoffbedarfs teilen sich gegenüber der Vorkriegszeit die doppelte Anzahl von Einzelfirmen, obwohl der Brennstoffbedarf des hier in Betracht kommenden Abgabebereiches um 25 Prozent zurückgegangen ist. Die einzelne Leistung muß daher mit einem viel zu hohen Unkostenfaktor beladen werden. Einen Anhaltspunkt, daß die Preise die volkswirtschaftlich berechnete Höhe überschreiten, kann auch aus der Tatsache hergeleitet werden, daß Betriebe, die zu nicht unwesentlich niedrigeren als den von der Vereinigung vorgeschriebenen Brennstoffpreisen abgesetzt haben, gewinnbringend arbeiten.

Dazu kommt, daß die Vereinigung in der Weise Materialsperrern über Kohlenhandelsfirmen verhängt, daß sie deren Aufnahme in die Vereinigung ablehnt, gleichzeitig sie aber den Wirkungen eines Gegenseitigkeitsvertrages mit dem Kohlenhändlerverband Nord e. V., Hamburg, aussetzt, durch den die ausschlaggebenden Kohlenhändlerfirmen verpflichtet waren, nur an solche Plaghändler zu liefern, die dem Ortsverein des Landesverbandes Schleswig-Holsteinischer Kohlenhändler, Kiel, angeschlossen sind. Diese Sperren sind rechtswidrig, weil die Einwilligung des Vorsitzenden des Kartellgerichts nicht eingeholt worden ist. Wegen dieses Tatbestandes schwebt auch ein Ordnungsstrafverfahren gegen den Verband beim Kartellgericht.

Für Mitglieder der Vereinigung, die von der Ermächtigung des Reichswirtschaftsministers zur Kündigung Gebrauch machen, besteht die Gefahr einer Materialbezugs-sperre auf Grund des erwähnten Exklusivvertrages nicht, da nach dem Gutachten des Vorsitzenden des Kartellgerichts vom 16. September 1925 die Kohlenhändlerfirmen darin auferlegten Verpflichtungen unwirksam sind, insofern sie die Befreiung von Kohlenhändlerfirmen verhindern, die durch fristlose Kündigung aus der Freien Vereinigung der Kohlenhändler Lübeck ausscheiden.

Die künstliche Verknüpfung des Kleinverkaufspreises für Kohle durch Preisabreden zwischen Kleinhandel, Großhandel und Syndikaten steht durchaus nicht vereinzelt da. Auch in anderen Gewerbebezügen ist die Gefahr eines Mißbrauches der Kartellgewalt außerordentlich groß. Unter diesen Umständen die Kartellgesetzgebung abzubauen, hieße der Preiswillkür freies Spiel lassen. Nicht die Beseitigung des bisherigen Kartellrechts tut not, sondern sein Ausbau durch Schaffung eines Kartellaufsichtsamtes.

### Das deutsch-portugiesische Handelsabkommen.

Ein neues deutsch-portugiesisches Handelsabkommen ist am 20. März in Lissabon unterzeichnet worden. Das Abkommen enthält im wesentlichen die Vereinbarungen des bisher geltenden vorläufigen deutsch-portugiesischen Handelsübereinkommens, in dem Portugal gegen die deutsche Reichsbegünstigung der deutschen Waren die praktische Reichsbegünstigung durch Einräumung der Zollsätze des portugiesischen Minimatarifs zugestanden hat. Besonders wichtig ist ferner, daß auf Grund des neuen Abkommens die deutschen Staatsangehörigen nunmehr auch in den portugiesischen Kolonien bezüglich der Einreise, der Ausübung von Handel und Gewerbe, der Niederlassung und des Erwerbs von Liegenschaften, die gleichen Rechte wie die Angehörigen der reichsbegünstigten Nationen haben werden.

Für portugiesischen Dessertwein ist der gleiche Zollsatz zugestanden worden, der in dem deutsch-italienischen Handelsvertrag vereinbart worden ist, nämlich 32 R.; für andere Weinarten sind keine Zollabreden getroffen worden. Portugal sind ferner Zoll-zugeständnisse für Ananas, Tunfischkonserven und Korbstopfen gemacht worden. Das neue Abkommen wird demnächst den deutschen gesetzgebenden Körperschaften zur Genehmigung vorgelegt werden. Da die Genehmigung bis zu dem am 31. März erfolgenden Ablauf des bisherigen deutsch-portugiesischen Handelsübereinkommens nicht mehr eingeholt werden kann, ist die Verlängerung der Geltungsbauer des bisherigen Handelsübereinkommens bis zum 30. April d. J. vereinbart worden.

Continental • Regenmäntel,  
Regenhüte und  
Sportbekleidung,  
gummiert und imprägniert,  
für Damen, Herren u. Kinder.

So gut wie  
Continental - Reifen.

Völkerbund-Debatte im Reichstag.

Luther gegen Tirpitz. — Stresemann gegen „Lokal-Anzeiger“. — Annahme des Billigungsantrages.

In seiner Reichstagsrede am gestrigen Dienstag, deren Hauptteil wir bereits im Abendblatt wiedergeben konnten, wies

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.)

Weiter nach, wie falsch die Behauptung ist, als ob die deutsche Delegation wie ein Bettler mit dem Hute in der Hand auf Einlass gewartet hätte, und erklärt dann bei aller Anerkennung des unauflösbaren Friedens- und Verständigungswillens Briand's, daß das heimliche Versprechen eines Ratisses an Polen und andere Mächte ohne gleichzeitige Verständigung Deutschlands auch von den deutschen Sozialdemokraten als inkorrekt und illoyal bezeichnet werden müsse.

Richtig war es, sich nicht direkt gegen die Ansprüche eines anderen Staates zu wenden, zumal doch damit gerechnet werden muß, daß der Völkerbund neben dem ständigen Mitglied Deutschland auch das nichtständige Mitglied Polen angehören wird, zumal ja über die Befugung der nichtständigen Posten nur die Völkerbundsversammlung und nicht der Rat entscheidet.

Der Redner wendet sich dann dagegen, daß der volksparteiliche Abgeordnete v. Rheinbaben tags zuvor mündliche Versprechungen der Reichsregierung als nicht vollgültige Vereinbarungen hingestellt hat. Es ist ungeheuer gefährlich, mündliche Zusagen der deutschen Regierung derart zu entwerten.

Wir hoffen und wünschen dringend, daß wir endlich zu einer Verständigung mit Polen gelangen und wir hoffen auch, daß Polen die Widerstände aufgibt, die aus seiner hundertjährigen Vergangenheit verständlich sind.

Es wurde ja auch gesagt, daß wir niemals mit Frankreich zu einer Verständigung kommen würden und doch sehen wir, daß es möglich ist, auch mit diesem Lande sich politisch zu verständigen. Wenn wir erst mit Polen zusammen im Rate sitzen, dann wird sich manche Streitfrage leichter lösen lassen, als wenn wir draußen stehen.

Es sollte doch aber in einem solchen Organ unmöglich sein, Artikel hineinzu bringen, die sich gegen die Absichten der Reichsregierung wenden. Der Redakteur der Bayerischen Staatszeitung hat auch Pflichten gegenüber der Regierung zu erfüllen, selbst wenn sie nicht mit 2 oder 3 Sternen gekennzeichnet sind.

Der kommunistische Redner hat mir den Rat gegeben, in ein tibetisches Kloster zu gehen, weil dort Gebetsmühlen gedreht werden. Das ist ein sehr gewagtes Unternehmen, weil ich bei dem ständigen Vordringen des Bolschewismus in Asien nicht sicher bin, auch auf dem Himalaja auf einen kommunistischen Lama zu stoßen, der dort dieselben Gebete herunterleiert, die wir hier anhören müssen.

Der Redner richtet an den Reichsaußenminister die Aufforderung, dafür zu sorgen, daß die Außenpolitik der Regierung von ihren sämtlichen Organen unterstützt werde. Es gehe nicht an, daß einzelne Botschafter erklären, sie seien Gegner des Eintritts in den Völkerbund.

Wenn wir Pazifisten sind, so nicht deshalb, weil wir glauben, durch gutes Zureden Kriege verhindern zu können, sondern weil wir glauben, daß der Krieg das größte Uebel auf der Welt ist und daß wir alles zu tun haben, um den Krieg als Mittel zur Lösung der Gegensätze zwischen den Völkern zu beseitigen.

Der Präsident teilt mit, daß von den Deutschnationalen ein Antrag eingegangen ist: „Der Reichstanzler und der Reichsaußenminister besäßen nicht das Vertrauen des Reichstags.“

Von den Regierungsparteien ist Uebergang zur Tagesordnung über den völkischen Vertrauensantrag beantragt worden.

Abg. v. Tirpitz (Dnat.)

wirft die Frage auf, ob die Politik des derzeitigen Reichskabinetts trotz des Genfer Zusammenbruchs in der beabsichtigten Form fortgeführt werden dürfe. Es liege in der Verantwortung eine Entscheidung für die Zukunft des Deutschtums überhaupt.

Reichstanzler Dr. Luther:

Der Rede des Abg. v. Tirpitz habe ich zwei Gesichtspunkte entnommen: erstens handelt es sich nicht darum, Locarno nach rückwärts zu revidieren, zweitens solle Deutschlands Eintrittsgesuch in den Völkerbund zurückgezogen werden.

Ich bekenne mich dazu, daß das Kommuniqué in seinen Grundgedanken unserer Initiative entsprungen ist.

Einem anderen Weg gab es gar nicht, um festzustellen, daß trotz des vorläufigen Nichtertritts in den Völkerbund die Locarno-Politik fortgesetzt werden soll und die Locarno-Abmachungen auch juristisch in Kraft treten sollen. (Unruhe rechts.)

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Es ist nicht klar, was die Deutschnationalen damit beabsichtigten, als sie der Rede des Grafen Westarp heute einen zweiten Teatrag folgten ließen. Irgend etwas Neues war darin nicht enthalten.

Woher nimmt Herr v. Tirpitz den Mut, über die deutsche Parteierklärung Sonntags nachmittags Predigten zu halten, da er doch in der schwersten Zeit des deutschen Volkes mit seiner Vaterlandspartei eine Erklärung in das deutsche Volk hineingebracht hat, die sicherlich zur Herabdrückung der deutschen Stimmung in den Jahren 1917 und 1918 am meisten beigetragen hat?

Selbst Konservative haben in schärfster Weise gegen diese Volkszerstückelung Stellung genommen, wie sie mit dem Gelde der Schwerindustrie damals in Deutschland hervorgerufen wurde. Der Abg. v. Tirpitz hat die Behauptung aufgestellt, daß zum erstenmal seit 1918 jetzt der Versuch gemacht würde, eine positive Politik zu treiben.

Über Herr v. Tirpitz hat es fertig gebracht, auch noch England dazu zu zwingen, und damit den Grundstein für die Politik zu legen, die zum Zusammenbruch Deutschlands führen mußte.

Man mag noch so voreingenommen den Genfer Verhandlungen gegenüberstehen, das eine muß doch festgestellt werden, daß die deutschen Delegierten dort von den anderen Staaten geradezu umworben worden sind. Bismarck ist es niemals eingfallen, Nachpolitik zu empfehlen, wenn die dahinter stehende Macht nicht da war.

Wir sind alle einig darüber, daß der Völkerbund durch die Verhandlungen in Genf einen schweren Stoß erlitten hat. Aber ein Ideal wird deshalb nicht falsch, weil diejenigen verfallen haben, die zu seiner Vertretung verpflichtet gewesen sind.

Wenn Herr v. Tirpitz heute an den dreihundertjährigen Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland erinnert hat, so scheint er nicht zu wissen, daß nicht nur in Südfrankreich, sondern auch in Nordfrankreich und in der Mitte Frankreichs die Zahl derjenigen fortwährend wächst, die diejenigen Franzosen bekämpfen, die den Deutschen Haß predigen.

Es gibt vielleicht noch Ausnahmen in Frankreich, in den während des Krieges besetzten Gebieten, aber die Deutschnationalen, die für die damalige Politik verantwortlich sind, haben kein Recht, sich über solche Rückstände von Haß aufzuhalten.

Abg. v. Rheinbaben (Dp.) weist die Ausführungen des Abg. Dr. Breitscheid über Polen zurück.

Abg. Münzenberg (Komm.) bestritt, daß die Völkerbunds-Politik der einzige Weg sei, den Frieden zu erhalten und Deutschlands Sicherheit zu schützen.

Abg. Graf Westarp (Dnat.)

erklärt unter Hinweis auf das Stenogramm, der Abg. v. Tirpitz habe nicht, wie der Reichstanzler sagte, sich gegen eine Rückwärtsrevidierung von Locarno ausgesprochen.

Reichstanzler Dr. Luther erklärt, er habe den Abg. v. Tirpitz so verstanden, daß an der Locarnopolitik festgehalten werden solle.

Die Abstimmung.

Damit schließt die Aussprache. Vom Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Vgg.) ist zur Billigungsformel ein Zusatzantrag eingegangen:

Der Reichstag erklärt sich mit einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erst dann einverstanden, wenn er erfolgen kann unter den in Locarno gegebenen Voraussetzungen, nämlich der Erstellung eines ständigen Rates ohne weitere Vermehrung der Ratsitze und ohne Durchbrechung des Grundgesetzes der Einmütigkeit.

In welcher Abstimmung wird zunächst das kommunistische Misstrauensvotum gegen die ganze Reichsregierung abgelehnt. Dafür stimmten die Deutschnationalen, die Kommunisten und Volkslisten.

Dann folgt die namentliche Abstimmung über das Misstrauensvotum der Deutschnationalen, das sich gegen den Reichsminister Dr. Luther und den Reichsaussenminister Dr. Stresemann richtet.

Die Abstimmung ergibt die

Abstimmung mit 259 gegen 141 Stimmen

der Deutschnationalen, Volkslisten und Kommunisten. (Beifall bei der Mehrheit.)

Es folgt eine namentliche Abstimmung über den Antrag der Regierungsparteien, über den völkischen Antrag, der Regierung das Vertrauen auszusprechen, zur Tagesordnung überzugehen. 264 Abgeordnete stimmen mit ja, 139 Abgeordnete mit nein, 1 Abgeordneter hat sich der Stimme enthalten. Der Antrag ist demnach angenommen.

Der Zusatzantrag der Wirtschaftspartei wird in namentlicher Abstimmung mit 250 gegen 153 Stimmen abgelehnt. Die Billigungsformel der Regierungsparteien wird darauf in einfacher Abstimmung mit großer Mehrheit angenommen.

Abgelehnt werden gegen die Deutschnationalen, die Völkischen und Kommunisten die beiden Anträge der Völkischen und Kommunisten, das Gesuch um Aufnahme in den Völkerbund zurückzuziehen.

Das Gehalt des Reichsanzlers wird darauf mit großer Mehrheit bewilligt. Es erregt stürmische Heiterkeit, daß nach allem Vorausgegangenem auch die Deutschnationalen für das Gehalt stimmen.

In der Einzelberatung führt Abg. Dr. Quack (Dnat.) Beschwerde über ein Flugblatt, das sich gegen die „Auskehrungs“-Brochure des „Berliner Lokal-Anzeigers“ wendet. In dem Flugblatt werde der seltsame Anschein erweckt, als sei die deutsche Währung nur durch den Dawes-Pakt stabilisiert worden. Dieses Flugblatt sei von der mit öffentlichen Geldern reichlich ausgestatteten „Reichszentrale für Heimatsdienst“ in Massen verbreitet worden.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann:

Das Flugblatt ist in der Tat von der Reichszentrale für Heimatsdienst, und zwar auf Veranlassung übergeordneter Reichsstellen und unter Verwendung von Reichsmitteln verbreitet worden. Es wendet sich gegen die Artikelserie des „Berliner Lokal-Anzeigers“: „Die Auskehrung Deutschlands“. Diese Artikelserie war das Höchstmögliche an Demagogie, das uns je begegnet ist. (Beifallige Zustimmung bei der Mehrheit.) Diese Agitation wurde in der Form getrieben, daß nicht etwa bloß die Artikel im „Lokal-Anzeiger“ veröffentlicht, sondern daß sie an allen Plazatsäulen angeklebt und in Massen als Flugblätter verbreitet wurden. Es war die Pflicht der Reichsregierung, einer so aufreizenden irreführenden Agitation durch die Reichszentrale für Heimatsdienst entgegenzutreten. (Unruhe rechts: Beifall bei der Mehrheit.) Auch außenpolitisch war diese Agitation sehr bedenklich. Wir stehen gegenwärtig unter einer starken Arbeitslosigkeit in Deutschland, einer Wirtschaftskrise, die ungewissenhaft zu sehr starken Erregungen im Volke führen kann. Es ist aber keine größere Umkehrung der Wahrheit möglich, als wenn in dieser Artikelserie die Wirtschaftskrise zurückgeführt wird auf die Dawes-Regelung der Reparationslasten. Tatsächlich hat diese Regelung uns erst die Möglichkeit gegeben, die Währung und Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Die Artikelserie erweckt im Volk den Eindruck, als wenn wir erst durch den Dawes-Pakt neue Lasten dem Volke auferlegt hätten. Es wurde verdrängert, daß vorher ohne Rücksicht auf die deutsche Währung und Wirtschaft uns die Goldmillarden entzogen worden sind und die Währung untergraben wurde. Ich denke gar nicht daran, die Stabilisierung unserer Währung als Verdienst des Auslandes hinzustellen. Aber Dr. Quack muß doch wissen, daß es nicht möglich gewesen wäre, die Stabilisierung durchzuführen, wenn nicht durch den Dawes-Pakt die früheren rücksichtslosen Eingriffe in unser deutsches Volkvermögen verhindert worden wären.

Wenn unter Umkehrung der Tatsachen durch die Agitation des „Lokal-Anzeigers“ das deutsche Volk in schlimmster Weise aufgegriffen wurde, so war es die Pflicht der Regierung, Abwehrmaßnahmen zu treffen.

(Unruhe rechts: lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Abg. Dr. Quack (Dnat.) wird von der Linken mit lauten Rufen „Hugenberg-Recht“ empfangen. Er behauptet, daß die Stabilisierung schon im Herbst 1923 erfolgt sei, wogegen der Dawes-Pakt erst im Sommer 1924 abgeschlossen wurde. Daraus ergebe sich die Irreführung in dem Flugblatt der Heimatsdienstzentrale.

Nach Erledigung des Haushalts der Reichsanzlei wird das Gehalt des Reichsaussenministers bewilligt. In der Einzelberatung seines Haushalts machen die völkischen Abgeordneten Ruhe und Revolanz einige unwesentliche Ausführungen. Als Abg. Ruhe an das Rednerpult tritt, wird von links gerufen: „Johob Johob lupu Nucku!“ Abg. Ruhe ersucht den Präsidenten mit erhabener Stimme um besseren Schah.

Präsident Löbe: Ich bitte Sie zunächst, etwas höflicher mit mir zu reden. (Beifall.) Im übrigen machen Sie selbst so oft laute Zurufe, daß Sie sich über andere nicht beklagen dürfen. (Beifall.) Der Haushalt wird in seinen einzelnen Kapiteln angenommen.

Dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen wird ein zum Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums gestellter sozialdemokratischer Antrag, wonach der § 63 des Kohlenwirtschaftsgesetzes dahin geändert:

„Das eingetragene Gewerkschaften- und deren Zentralen auf Verlangen von den Kohlenyndikaten zu den vom Reichskohlenverband festgesetzten Verkaufspreisen ohne Verpflichtung zur Einhaltung von Mindestverkaufspreisen direkt mit Brennstoffen beliefert werden.“

Ferner ein zweiter sozialdemokratischer Antrag, den § 16 dieses Gesetzes dahin zu ändern, daß die Syndikate den Wiederverkäufern keine Mindestpreise auferlegen und ihnen nicht vorschreiben, daß sie nur bestimmte Marken oder Sorten führen dürfen.

Der Haushalt des vorläufigen Reichswirtschaftsrats wird ohne Ausprache verabschiedet.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts der besetzten Gebiete.

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (S.) schildert die außerordentlich schwierigen Verhältnisse, unter denen die Bevölkerung der besetzten Gebiete zu leben gezwungen sei. Besonders groß sei die Wohnungsnot. Man müsse von den Besatzungsbehörden den Abbau unklarer Maßnahmen verlangen. Aber auch die Reichsregierung habe die Verpflichtung, sich mehr um die besetzten Gebiete zu kümmern. Das Ministerium für die besetzten Gebiete dürfe nicht abgebaut werden, sondern man müsse ihm vermehrte Geltung verschaffen.

Minister der besetzten Gebiete Dr. Marx gibt einen Ueberblick über die bisherige Entwicklung der Verhältnisse. Da es sich auch nach der Räumung noch um die Interessen von 4 Millionen handele, müsse das Ministerium auch weiter erhalten bleiben. Der jetzt betretene Bevölkerungslage die Reichsregierung den warmsten Dank für ihre unterstützende Haltung. (Bravo!) Verhandlungen mit der Rheinlandskommission über bestimmte Maßnahmen, die beruhigend wirken sollen, seien im Fluß. Die wichtigste Aufgabe der deutschen Politik der nächsten Zeit sei die völlige Befreiung der besetzten Gebiete. (Bravo!)

Abg. Kirchmann (Soj.)

fragt die Regierung, ob das Gerücht, wonach die Beilegung des Ministeriums für die besetzten Gebiete erfolgen solle, nicht auf einen alten kommunistischen Streich zwischen Essen und Düsseldorf zurückzuführen sei. Nachdem die Aufgaben dieses Ministeriums vom Reichsministerium des Innern gelöst wurden, hat es eine so große

Bedeutung erlangt, daß sein Abbau ein Verhängnis bedeuten würde. Gegenüber gewissen Kreisen, die glauben, politische Fragen nur mit dem Instrument der Wucht lösen zu können, lehnt die Bevölkerung des besetzten Gebietes jede militärische Spielerei ab. Sie würde mit ihrer Unterliegung dem Reiche einen schlechten Dienst erweisen und ihre Heimat zum Schauplatz blutiger Kriege machen lassen. Für das Rheinland zum Glück am besten besetzten Gebietes ist im besetzten Gebiete kein Raum. Wir wollen auch die Politik von Locarno nicht aus der Perspektive des besetzten Gebietes betrachten, sondern die große politische Bedeutung anerkennen. Die jedem Verlußt zukommt, auf Grund internationaler Verhandlung die Befreiung zu erreichen. Nach den Verträgen von Locarno ist eine Befreiung zur Aufrechterhaltung der Befreiung nicht mehr vorhanden. Die Sicherungen, die durch die Beziehungen geschaffen werden sollten, sind durch Locarno unnötig geworden. Aber aus unseren eigenen Er-

## Werbewoche der SAJ.

Heute, Mittwoch, den 24. März, abends 7 1/2 Uhr:

Abt. Ober- u. Niederschöneweide: Frühlingsfeier, Schulaula, Niederschöneweide, Berliner Str. 81, Musik, Regitationen, Ansprache, Aufführung des Osterpazierganges aus dem „Faust“.

Einführungabend für Schulentlassene:

Jalkenberg: Jagd. Straße am Falkenberg. — Ochsenberg-Mitte: Jagd. Doffstr. 22.

Morgen, Donnerstag, den 25. März, abends 7 1/2 Uhr:

Verbezirk Neukölln: Jugendfeier in der Aula der Rathenau-Schule Gobbinsstr. 34/35. Programm: Gesang, Musik, Regitationen, Ansprache, Aufführung eines Jugendstücks. Eintritt 40 Pfennig.

Abt. Mariendorf: Jugendfeier mit besonderem Programm in der Schulaula Kurfürstenstr. (nicht Königstr.) Eintritt frei.

Abt. Pantow: Werbefeier, gemeinsam mit den Jungsozialisten in der Aula des Gymnasiums, Görlichstr. 42.

Einführungabend für Schulentlassene:

Abt. Schönhauser Vorstadt II: Schule Eberwalder Straße 10, Zimmer 11. — Abt. Treptow: Jagd. Eisenstr. 8, 1 Tr.

fahrungen heraus wissen wir, welche Widerstände den Freunden des Friedens in Frankreich aus ihren militärischen Kreisen erwachsen. Mit der Wiedereinführung des Reichskommissars sind wir einverstanden, wir wünschen aber, daß er nicht in Koblenz fest vergräbt, sondern in ständiger Verbindung mit der Bevölkerung bleibt; seine Hauptaufgabe müßte er darin sehen, mit den wirtschaftlichen Organisationen des besetzten Gebietes, namentlich der Arbeitervereine, enge Fühlung zu halten, das würde zur Erleichterung seiner Arbeiten wesentlich beitragen und seine Popularität erhöhen. Vielleicht könnte die Reichsregierung ihren Einfluß dahin geltend machen, daß der Oberst Tirard geht, von dem wir nicht glauben, daß er nach seiner Vergangenheit die Bedeutung der neuen politischen Aufgaben begreift. Die Stellung des Ministers der besetzten Gebiete müßten wir dadurch stärken, daß wir ihn aus der Abhängigkeit des Finanzministeriums lösen, und ihm denjenigen Teil des Kriegskostenplans zur selbstständigen Verwaltung überweisen, der für das besetzte Gebiet bestimmt ist. Allen Fraktionen wäre zu wünschen, daß sie den Aufgaben des besetzten Gebietes größere Aufmerksamkeit zuwenden. Es sind zwar die großen Summen für die Rührindustrie gezahlt worden, auch andere Gruppen haben größere Geldsummen erhalten, aber es sind die größten Anstrengungen nötig, um jede hundert Mark durchzusetzen, die zur Abgeltung von Schadenersuchen dienen sollen.

Mit dem Finanzminister haben wir immer wieder in einer Weise verhandelt, die beinahe an das Betteln erinnert. Hätte man im vorigen Jahre die kleineren Schäden abgegolten, dann wären heute nicht 10 000—12 000 Petitionen und Anträge zu erledigen.

Wir freuen uns, daß sich der Ausschuss so schnell der Not der weinbauenden Gebiete angenommen hat. Wir wünschen allerdings, daß man diese schnelle Hilfeleistung auch anderen Besatzungsgebieten gegenüber sich zur Pflicht macht. Vor allem denken wir dabei an die Frankentalbrennpfänger. Es handelt sich um 22 000 Arbeiter, die ihren Lohn in schlechter Frankentalwährung erhalten, ihn aber in einem Lande mit guter Währung verschleudern müssen. Sie haben jetzt vielfach nur die Hälfte von dem zum Leben, was den deutschen Erwerbslosen an Unterstützung gezahlt wird. Außerordentlich groß ist die Not der Erwerbslosen im besetzten Gebiete, es kommen dabei nicht nur Gebieten mit massierter Industriebevölkerung in Betracht, sondern meistens Bezirke, die eine dünne Industriebevölkerung haben und die besonders schwer unter den Folgen der Befreiung zu leiden haben. Nach einer Auffassung des Schularbeiterverbandes sind allein

in Pirmares von 22 000 Schularbeitern 17 500 erwerbslos.

Wir haben die Pflicht, zur Linderung ihres Elends das Nötigste beizutragen. Der Redner erklärt zum Schluß, daß man bei dem Dank an das Rheinland vor allen Dingen nicht die Arbeiter vergessen dürfe, die den Heereskolonnen Vincennes mit verschänten Armen ausgehalten und damit eine große politische Tat für das Reich und für die deutsche Republik geleistet haben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Dr. Quack (Dnat.), Jopf (Dnat.), Weber-Düsseldorf (Komm.), Dr. Raschig (Dem.) und Dr. Bayersdorfer (Bayer. Sp.) erklärt Minister Marx, es hätten allerdings Beratungen darüber stattgefunden, ob das Ministerium für die besetzten Gebiete aufgehoben werden könne. Es sei aber die Beibehaltung beschlossen worden. Für die Beamten im besetzten Gebiet werde das Ministerium sorgen. An ihren Abbau sei nicht gedacht. Ausführungen des Abg. v. Ramin (Völk.) beschließen die Aussprache. Der Haushalt wird bewilligt.

Das Haus verläßt sich gegen 9 Uhr auf Mittwoch, 11 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Haushalt des Reichsernährungsministeriums.

## Der Arbeitsplan des Reichstags.

Steuervorlage noch vor Ostern. — Abfindungskompromiß nach der Pause.

Der Reichstag wird nach den Osterferien voraussichtlich erst am 26. April wieder zusammentreten. Die Steuermilderungsvorlage soll, wie der Ausschussrat beschlossen hat, unbedingt vor dem 1. April noch erledigt werden. Der Ausschuss wird die Vorlage über die Fürstenabfindung in den nächsten Tagen soweit fördern, daß die Generaldebatte abgeschlossen wird. Der Rechtsausschuss wird sich dann über Ostern vertagen und am 20. April seine Sitzungen wieder aufnehmen. Er will dann bis zum 26. April die Vorlage soweit fördern, daß sie beim Wiederauftreten des Plenums fertig vorliegt, so daß die Plenarberatung dann unmittelbar erfolgen kann.

Zur Steuermilderungsvorlage erfährt man noch aus demokratischen Kreisen, daß der Reichsfinanzminister daran festhält, daß die Vorlage als Ganzes verabschiedet wird, und daß es nicht möglich ist, einzelne Teile hinweg zu erledigen, für die leicht eine Mehrheit zu haben sein würde.

## Der Kampf um die Steuern.

Mit Reinhold von gestern gegen Reinhold von heute.

Die Verhandlungen des Steueraussschusses des Reichstags am Dienstag haben bisher keine Veränderung in der Steuerkrise herbeigeführt. Die sozialdemokratischen Redner legten nochmals mit gewichtigen sachlichen Gründen die Unhaltbarkeit des neuen Kompromisses dar, während sich die Deutschnationalen darauf verlegten, die Demagogie der Regierungsparteien noch zu übertrumpfen.

Es ist begreiflich, daß die Reichsregierung und die Regierungsparteien Eile haben, ihr schlechtes Werk, das der Kritik nicht standhält, unter Dach und Fach zu bringen. Begreiflich auch, daß die Regierung ihre Kapitulation zu vertuschen sucht. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß der Gedanke der Regierung, durch eine starke Senkung der Umsatzsteuer die Preise zu ermäßigen und das Wirtschaftsleben anzuregen, preisgegeben ist. Denn die geringe Senkung um 1/4 Proz. wird wirkungslos bleiben. Noch am 10. Februar d. J. sprach Herr Reinhold:

„Wenn die Senkung der Umsatzsteuer auf das Preisniveau einen Einfluß haben und dadurch der ganzen Bevölkerung zugute kommen soll, muß ein entsprechender Schritt getan werden. Gerade bei dieser Steuerart zeigt sich, daß zu geringe Senkungen leicht auf dem weiten Weg vom Produzenten zum Konsumenten hängen bleiben und dadurch die von der Reichsregierung beabsichtigte Wirkung nicht eintritt.“

Ähnlich hat sich wiederholt Dr. Luther geäußert. Auch der Standpunkt der Regierungsparteien war früher der gleiche. Beim Antritt der Regierung am 27. Januar 1926 erklärten sie:

„Eine Herabsetzung und organisierte Verringerung der sozial und wirtschaftlich bedenklichen Umsatzsteuer würde der zeitlich geeignete erste Schritt zur Herabminderung der Steuerlasten sein, falls die Entwicklung der Finanzen die Möglichkeit dazu bietet.“

Mit keinem Wort haben sie also davon gesprochen, daß die Befreiung der Biersteuer, die Befreiung der Erhöhung der Biersteuer und die Ermäßigung der Vermögenssteuer den Vorrang vor der Ermäßigung der Umsatzsteuer haben. Jetzt tun sie das Gegenteil von dem, was sie bei Antritt der Regierung in Aussicht stellten.

Deshalb ist der Versuch, die Sozialdemokratie dafür verantwortlich zu machen, wenn bis zum 1. April die Steuerentwürfe nicht beschlossen sein sollten, ganz aussichtslos. Der Ermäßigung der Steuern widersteht sich die Sozialdemokratie nicht. Ihr Widerstand richtet sich nur dagegen, daß der Abbau der Umsatzsteuer teilweise preisgegeben wird, damit gewisse Interessenten Wünsche, die für die Allgemeinheit mehr oder weniger bedeutungslos sind, berücksichtigt werden können. Die Sozialdemokratie kann nicht einsehen, daß für die Senkung der Umsatzsteuer keine ausreichenden Mittel vorhanden sind, wenn bei der Vermögenssteuer auf eine Einnahme von rund 150 Millionen verzichtet wird.

Es ist auch nicht richtig, daß die erhöhten Anforderungen für die ausgesteuerten Erwerbslosen die geringere Senkung der Umsatzsteuer veranlassen. Einstweilen wird überhaupt nur davon geredet, daß man für die ausgesteuerten Erwerbslosen sorgen müsse. Bestimmte Handlungen sind noch nicht erkennbar. Da überdies die ausgesteuerten Erwerbslosen bisher bereits von den Gemeinden unterstützt wurden, so ist eine etwaige Unterstützung durch das Reich ebenso eine Hilfsaktion für die Gemeinden wie für die Erwerbslosen. Trotz alledem ist sie begrüßenswert und entspricht den Forderungen, die die Sozialdemokratie immer erhoben hat. Aber sie ist doch nur eine finanzielle Anforderung von höherer Art, die vermindert, wenn die Zahl der Erwerbslosen geringer wird. Der Verzicht auf die ursprüngliche Senkung der Umsatzsteuer auf 0,6 Proz. ist aber ein Verzicht auf eine dauernde Entlastung des Wirtschaftslebens.

Gegenüber irreführenden Darstellungen von anderer Seite sei mitgeteilt, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Steueraussschusses erst dann für die Aufhebung der Weinsteuer gestimmt haben, als ihr eigener Antrag auf Freilassung der billigen Weine und auf gestaffelte Steuer für teure Weine abgelehnt worden war. Die Sozialdemokratie trägt also keine Verantwortung für die Krise, die aus der Aufhebung der Weinsteuer entstanden ist.

Der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien trat am Dienstag abend mit dem Reichsfinanzminister Dr. Reinhold zu einer Besprechung über die Steuerentwürfe zusammen. Es wurde, wie wir hören, eine Uebereinstimmung dahin erzielt, daß die Regierungsparteien sich mit dem neuen Kompromißvorlage einverstanden erklärten. Es handelt sich hier um eine grundsätzliche Uebereinstimmung, die die Möglichkeit von Änderungen zuläßt, und zwar auch von solchen, die von anderen Parteien vorgeschlagen werden.

## Neue Kommunistenprozesse.

Die Arbeit des Staatsgerichtshofes.

Leipzig, 23. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag begann vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik ein Hochverratsprozeß gegen elf Kommunisten. Angeklagt sind der Former Ludwig Krausmüller und zehn weitere Genossen, sämtlich aus Sieben. Allen Angeklagten wird Hochverrat, Vergehen gegen das Republikverfassungsgesetz, Sprengstoffverbrechen und unbefugter Waffensbesitz sowie Einbruchsdiebstahl zur Last gelegt. Im Jahre 1923 haben die Angeklagten durch Einbruch in ein Pulvermagazin in Baybach 7 Zentner Sprengstoff gestohlen, der zum Teil zu Handgranaten und Sprengkörpern verwendet wurde. Die Handgranaten usw. sollten gegen einen Angriff von rechts Verwendung finden; der von den Angeklagten ausgeführte Sprengstoffdiebstahl spielte bereits in mehreren anderen Prozessen eine große Rolle.

Der vierte Straftat des Reichsgerichts beschäftigte sich am Dienstag mit der von der kommunistischen Partei herausgegebenen Druckschrift „Hamburg auf den Barrikaden“ vom Jahre 1923. Das Gericht beschloß nach kurzer Beratung: „Sämtliche Exemplare, sowie Platten und Formen der Druckschrift sind unbrauchbar zu machen, da der Inhalt des Buches die §§ 86 und 81 des Hochverrats-, sowie § 7 des Republikverfassungsgesetzes erfüllt.“

Sprenggesetz gegen Wohnungsgeld. Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der eine einheitliche Regelung des Wohnungsgeldzuschusses bezweckt. Danach dürfen Länder, Gemeinden und sonstige öffentliche Körperschaften den Wohnungsgeldzuschuß und die Dreifachsteuereinstellung für ihre Beamten und Lehrent nicht günstiger regeln, als es für die entsprechenden Reichsbeamten am Ort geschieht. Diese Regelung darf auch nicht durch die Erhöhung oder Gewährung anderer Bezüge umgangen werden.

## Bauerntanz.

Von Paul Jech.

Mit gedunkeltem Goldfarbener Hof das Gesicht des Herbstes dahin. Von Norden kam der dicke Frostwind und hatte sich schon auf den Hügeln heißer gebellt. Aus den Mooren löste sich die Nacht, trieb Nebel vor sich her und war da, ehe die Dinge es ahnten.

Manches Mal fehlte der Wind ein paar Atemzüge aus. Die Stille lastete schwerer, als das niedrige Zelt der Nachtwolken. Eine Wildente flog so tief, daß sie das Gestrüpp pfeifend hart streifte. Das Gekump der Zwergbirken nahm Tierformen an. Im dichten Nebel wandelte sich alles zu Gespenstern. Da trieben selbst die schweren, mit dem Boden urfest verwachsenen Steine ungeschlachtet wie Wale auf der braunen Flut des Arantes.

Mit dem Wind, der sich tief aus der Brust heraus wieder in ein offenes Orgelbrausen hob, setzten die Regenpfeifer ein und dekrierten das schwermütige Lied der Einside bis an das Meer hinauf. Die Erde lag breit hingestreckt auf den dicken Flecken des Moores und blinzelte aus schmalen Lidspalten nach dem ersten Stern.

Am Rande des Dorfes, im letzten Haus, das so früh schon ein Licht an das Fenster stellte, schrie ein Mütterchen kläglich nach der Gabe des Abendheus. Von den Gräbern her strichen die Brandenten heran in fünfziger Reihe. Man sah die dünnen Schnüre augenblicks über den Dächern, den Rauch wie mit einer Schere scharf zerschneidend.

Und dann war der Mond plötzlich da, jener mit dem roten verhoffenen Gesicht des Landstreichers. In den großen Weiten der Nacht war er nur alleine Herr und schnauzte mit dem Wind und pustete den Häusern den Nebel bis unter das Dach.

In einer solchen Nacht kamen wir von Jassala mit müden, Müdig gepöbelten Pferden und mußten im Dorf Quartier machen. Es war gut, daß nur der Baumeister Grigorien, den ich in der Grenzstadt erst persönlich kennengelernt hatte, mit mir die Reise wagte. Zu dreien oder gar vierern hätten wir in dem verflucht engen Kasten diese neun Stunden Fahrt nicht ausgehalten. Die Haut, wo man saß, wurde pelzig und durch die vom krummen Sigen abgelenkten Muskeln rieselte in einem fort ein stochender Krampf. Da half mir, daß man sich von Zeit zu Zeit lang hin- streckte, oder die Gliedmaßen weit auseinander bog.

Der Sausbold von Kuscher konnte sich in den Häusern, die eins genau wie das andere trogig hingelockt standen in der Schwärze des Nachthorizontes, fast ebensogut aus wie in den heimatischen Hütten. Er meinte, daß in der Nacht nur der Gott sehen könne, der auch in der Nacht geboren sei. Genau so wie er in solch einer Stunde bei Vollmondschein, fünf Atemzüge nach dem ersten Eulenschrei. Er rasselte jedoch erst fünf Lüren ab. In einem Baumwerk endlich, das zwei Fenster Front mehr wie die anderen Häuser hatte und zwei hohe Baumstämme als Futterkrippe vor der Tür, erfuhren wir halb die göstliche Wärme einer Herberge.

Die Pferde wurden im Schuppen, der in einem rechten Winkel zum Haupte stand, untergebracht. Es war ein kindlich primitiver Bau, die Wände schiffgeflochten und mit Torf verputzt und das Dach aus Birkenreisig mit einem fetten Aufwurf aus Moos. Es drückte eine ständige Hitze in den Stall, wo die Pferde nur knopp aufrecht stehen konnten. Ein halbes Duzend von diesen zottigen Steppengäulen lag da schon zusammengespreizt. Unsere drei Füchse bissen und stießen sich bis zur Rückenwand vor und fanden endlich ein Lager von kaum quadratmetergrohem Umfang.

Der Kuscher schaukelte mit der Transjurzel zwischen den Pferdeleibern und schüttete einen Sad Niedgras, gemischt mit Eichelnüssen, vor. Er begehrte, bei den Pferden schlafen zu dürfen. Der Wärme wegen. Nur einen Schnaps mußten wir ihm noch ausschütten.

In der Herberge wartete man auf uns schon mit dem Tee. Es war da ein niedriger Gasträum, quadratisch, mit Bänken ringsherum. In der Mitte stand ein kubischer Block von Schmelzen. Die Hühnerlein wirbelten mit ekelhaftem Gestank dicke Wolken von Rauch und Staub hoch.

In der Fensterecke stand eine Art Tonbank mit dem Teekessel und den Schnapstrügen. Wir ließen uns Moosbeerensoft in den Tee schütten und Brot und Käsefisch geben.

Der Wirt schielte aus blutunterlaufenen Augen auf unsere neuen Schafspelze, die wir anbehielten, obwohl uns die Haut unter diesen Wollpanzerungen brannte wie von Tropenhitze grell bestrahlt. Er hatte einen suchigen Schnurrbart faulstich zwischen Kinn und Nase. Der Mund wulstete hingebückt hinter dem seit- und speicheltriefenden Haargestrüpp.

Unsere Augen, von dem scharfen Wind auf der Fahrt fast blindgebissen, fanden sich nicht so schnell zurecht in dieser Räuberhölle. In der Kreisstadt war sie als Spelunke berüchtigt. Die meisten Fuhrwerke jagten vorüber und machten achtzehn Meilen weiter erst Raft.

Wir sahen jetzt nur den von Dampf umkränzelten Teekessel, die braunen Töpfe vor uns und das Brot, das schon die Schimmel hatte.

Nach einer Weile ging der gelbe Mond eines Frauengesichtes hinter der Tonbank auf. Auf den Wangen dieser Frau, von einem unbestimmbaren Alter, lagen dunkelrote Flecken, wie von einem ungeschickten Pinsel breit hingeklopft. Der Wirt stieß diesen festsamen Fleischklumpen dauernd in die Seite, bis er nach vorn kam und sich zu uns auf die Bank setzte. Jetzt sah ich das Gesicht deutlicher und in ein paar kindhaft offenen Augen hinein. Es war die Tochter dieses wulstigen Barbaren. Und auf Befragen erfuhr man, daß sie knapp über zwanzig Jahre im diesseitigen Leben stand. Da: im „diesseitigen“. Das betonte sie.

Sie füllte sofort neuen Stoff in unsere Töpfe und sagte, daß bald die jungen Leute zum Tanzen kämen. Ob wir uns auch darauf freuten? Dabei ließ sie den Blick nicht von meinem Freund Baumeister, der auch ganz still dafuhr und sie anstarrte.

Raum sah ich auch deutlicher den Raum aus dem Rauch tauchend. Er war so groß, daß hier gut zwanzig Leute sitzen konnten. Und in der Ecke lagen auch schon drei Kerle auf dicken Wollfellen und schnarchten.

Das Wirtsmädchen hieß Wondascha; das erzählte sie nach einer Weile dem Baumeister. Und da gaben sie sich ganz einfach die Hände, rühten aber noch nicht zusammen. Von beider Augen ging eine Schranke aus, fast eine Mauer. Von mir noch unerklärlichen Kräftekreisen aufgebaut.

Die Hitze wirkte mächtig auf meine Schlafgefühle. Ich pulverte mich mit Boerenschnaps auf. Ich verschlang in einmühten Brot und Fisch. Das nahm den Wirt für mich ein. Unter mühseligen Armerreutungen holte er aus einem Wandkasten eine Holzstube mit achtzig Zigaretten. Es war ein schönes Stück, dieser Zigarettenkasten. Feuerrote Birke mit Perlmutter und Silber ausgelegt. Innen zer-



Nimmt kein Ende die Not!  
Will sie sich zwingen nicht lassen!  
Hunger schleicht durch die Gassen,  
Und es rufen die Massen:  
„Gebt uns Arbeit und Brot!“

Aber der Schrei verhallt.  
Weil sich die Ohren verschließen  
Jenen, die schwelgend genießen.  
Darf sie das Elend verdrängen,  
Wenn lockend die Jazzband erschallt!

teilten vier Fächer den Raum, und jedem Abteil lagen verschieden große Zigaretten. Mit einem seltsam Grinsen hielt mir der Kerl den offenen Kasten hin, nickte und meinte: bis ich mir eine von der längsten Sorte nahm und anbrann.

Jetzt kamen wir auch langsam ins Gespräch, und dabei beugte er den Oberkörper über die Tonbank mir herüber. Jedes seiner Worte schwebte auf einer stinkigen Zee von Alkohol. Es sei heute ein fetter Markt in der Kreisstadt getan, meinte er. Die Bauern und Fischer hätten gut verkauft. Und wer, der hier durch das Dorf gekommen war auf der Rückfahrt, sei gefehrt und habe ein nettes Stück Geld springen lassen. Nun würd heute abend ein kleiner Tanz sein für die Einheimischen. Das ist einmal Befehl so nach den Markttagen.

Da stieß auch schon ein kleiner Tru junger Menschen mit verhaltener Lustigkeit herein. Die Mädchen schickten sich auf die Bänke an der Fensterwand und die Burken jenen gegenüber Platz.

Wondascha sprang von dem Baumeister plötzlich fort und gestellte sich den Mädchen zu, die in einer sichern und nach den jungen Männern schielten.

Der Baumeister sagte zu mir: „I meinst du, mein lieber Reisebruder, wollen wir hier unten noch eine Stunde bleiben? Ich bin nämlich so neugierig, wie diese „gruppen tanzen.“ Wir rücken jetzt noch dichter an die Tonbank an, und der Baumeister kramte die Zigarettenstache aus und gab an dem Wirt eine von den holländischen, der solch ein Kraut in sein Leben noch gar nicht geraucht haben möchte. (Schluß folgt.)

## Die Vorläufer der Transsaharabahn.

Von Erna Büttin

Wir leben im Zeitalter der angewandten Technik und die Sahara ist französisches Kolonialland — mit dieser Äußerung nimmt man die Erfolgsmöglichkeit und die Ursache für die Durchquerung der Sahara im Automobil. Das Rutterland ist keine Kolonie recht nahe haben, das heißt, sichere und schnellere Verkehrsverbindungen müssen erschlossen werden. Und so baute in Frankreich Herr Citroën die Wagen, die, nebenbei bemerkt, mit einem Maschinengewehr ausgerüstet waren, für die Sahara. In der Werbung von Raupen und Automobil fand er die glückliche Lösung. Raupen richteten den Weg zu, während sie darüber fuhren. Sie ehen für die Wagen ein Hintergestell, das sich jeder Erdoberfläche anpassen vermochte. Die Raupen erfetzten — und das ist die große Verdienstleistung, die ihnen in Anbetracht ihrer Aufgabe zuteil werden kann — den Fuß des Dromedars. Die Fahrt war sorgfältig ins kleinste hinein vorbereitet, durch Einrichtung von Waschanlagen, Führerbereitschaften, Material- und Verpflegungsdepots, als sie vorlagert aus durch die Sahara angetreten wurde. Befehlt von dem Schwarzen für die wagemutigen Kreuzfahrer (es steht einem nicht frei, über diese Herrschaften seine eigene Meinung zu haben), regierst durch das Bewußtsein: ganz Frankreich steht auf, machen sich G. M. Haardt und L. Dubouin Dubreuil auf Weg. In dem Buch „Die erste Durchquerung der Sahara Automobil“, in deutscher Sprache erschienen im Verlag Kurt Wenzel, Berlin-Grünwald 1924, sind die Erlebnisse der beiden fenden tagebuchmäßig aufgezeichnet.

In einer dieser reizvollen Nächte der Sah, die für jeden Europäer, der sie zum ersten Male erlebt, etwas Unfassbares sind, wurde die Reise am 17. Dezember angetreten. Ingenieure und die Fahrer sind erstarrt und von Frostschauern gittert fragen sie einander: „Sind wir wirklich Sahara-Reisende?“ geht durch das Tal des Badj Nya über das Plateau von Todmanach in Sahah. Die Nachtstille ist ungeheuer, das Mondlicht ist kaltem Tageslichte gleich. Die Beleuchtungseffekte sind also die den schönsten bei diesem neuen Eroberungszug gegen die Wüste. Er wahrlich nicht leicht. Erdschichten halten die Fahrt auf, die Raupen müssen über Felsen hinwegklettern, man stößt auf Wandleren, von denen eine gerade drauf und dran ist, ein ganzes Fort aufzuheben. Kamelreihen liegen auf den Wegen, man geht auf den Spu Berdursteter. Zur Sicherstellung der Expedition sind an allen Orten von Bedeutung Soldaten der Sahara, Eingeborene, aufgeführt. Von Beruf sind sie eigentlich gelernte Begeleiter, Karawanenführer, zurzeit gefallen sie sich in der Rolle eines französischen Offiziers. Diesen letzten Umstand nehmen die beiden Expeditionsführer herderentlich wichtig. Für das Gelingen ihrer Mission war es ja auch,

sonst aber tut man wohl gut, die vielen Lobeshymnen über Unternehmensehre usw. als ein Privatergüssen der Schreiber zu betrachten.

Am 21. Dezember treffen die Reisenden in In Sahah ein, dieser großen Dase der Wüste mit französischem Fort und anderen Errungenschaften europäischer Zivilisation. Am 24. Dezember nachts, bei eisigem Wind, wird durch die Ebenen des Tibidelt nach dem Hoggarmassiv aufgebrochen. Jetzt gilt es, das Land der Furcht zu durchqueren. Auf ihrer Fahrt werden die Reisenden mit den Tuaregs, den verschleierte Kriegerern der Wüste, bekannt. Die Tuaregs führten untereinander Kämpfe, ihr Volk kennt daher Freie und Unterworfenen. Die Freien sind stolze Menschen, sie sind geeignet, den Europäern noch manche Rätsel aufzugeben. Bei einigen Stämmen ist das Mutterrecht maßgebend. Nicht alle Tuaregs haben sich herbeigelassen, Frankreichs Nacht anzuerkennen. Der Gesellschaftler verbirgt die Mienen dieser Söhne der Wüste, ihre Augen verraten nichts und sie schauen die Raupenwagen an, als seien sie alte Bekannte. Eindruck hinterläßt nur die weiße, kraushaarige Pflanze, welche die Saharadurchquerer als Glückbringerin auf ihrer ganzen Reise mitschleppten. Ein solches Tier hatte man nordem im Lande der Schreden noch nicht gesehen, man hielt es für ein Schaf oder einen Wüstenfuchs und es entpuppte sich als Hund.

Als die Berge des Hoggar kleiner werden, gilt es das Tanesrusti, das Land des Durstes, zu besiegen. Es erschauert ein jeder, der einmal mit ihm Bekanntschaft machte. Diese Strecke, sie beträgt 400 Kilometer, ist als die Einöde der Welt. Man hält an der alten Gewohnheit fest, fährt in der kühlen Nacht, um der unerträglichsten Qual der Tageshitze zu entgehen. Ein Eingeborener spielt den Führer. Aber er kann die Entfernungen nur nach der Schnelligkeit der Kamelle berechnen. Bei dieser Art der Orientierung muß er gänzlich verlassen. Es ist ein unablässiges Nachprüfen mit dem Kompaß erforderlich. Die Raupenwagen müssen turnerische Leistungen vollbringen und die Insassen der Wagen denken an alle die ungezählten Wanderer, die verkommen, die verdursteten, an die vielen Karawanen, die im Wüstenland ihr Grab fanden. In Tanesrusti geht alles spurlos unter. Auch unsern modernen Wanderern zeigt ein Samum schlimm zu. Am 1. Januar geht's durch die Steppen des Sudan, die mit Kran-krum besetzt sind, dem Dorn, dem man nicht entgeht. Die Fahrer verhängen sich, wie verdrödet, durch eine Karate und — verursachen einen Steppenbrand. Er wird zu einem ungeahnten Schauspiel, denn er treibt die Tiere zur Flucht und in Todesangst lagen sie in Rudeln, Freunde und Feinde.

Am 7. Januar ist das Ziel erreicht, Timbuktu, die Großstadt des Sudan. Die ganze Stadt ist aus Tob, aus an der Sonne getrockneten Ziegeln gebaut. Sie lebt vom Salzhandel, ist angefüllt mit ursprünglich geborenen Leuten. Den beiden französischen Ingenieuren gelingt auch die Rückfahrt mit einem Halt im Mittelpunkt des Hoggar, dem Rande des Schreckens.

Ihre Tat ist von bleibender Bedeutung. Eines der fünf Automobile, der „Goddäfer“, steht jetzt im Automuseum des Invalidendomes in Paris. Kommende Generationen werden dereinst diesen Wagen als einen Vorläufer der Transsaharabahn betrachten. Denn wenn wir nicht mehr sind, werden die Menschen, hoffentlich nicht als Kolonialpolitiker, sondern als freie Weltbürger, sie besiegt haben, die Wüste.

Wie hoch reicht die Luft? Ein im Verlaufe des Trainings für die Ueberfliegung des Mount Everest aufgestellter Höhenretard von mehr als 12000 Metern lenkt die Aufmerksamkeit aufs neue auf die Frage der Höhe der unsere Erde umgebenden Luftschicht. Diese Frage dürfte allerdings nicht endgültig lösbar sein, da bei der ganz allmählich sich verringernden Luftdichtigkeit in größeren Höhenschichten der Uebergang von der Luft in den Aether kaum zu präzisieren sein wird. Andererseits läßt sich aus den Gleichgewichtsverhältnissen zwischen Anziehungskraft und Fliehkraft der Erde je nach oberer Grenze der Atmosphäre berechnen, die nicht überschritten werden kann. Danach würde an den Polen eine Höhe von etwa 4 1/2 Erdradien, am Äquator eine solche von 6 1/2 Erdradien die Grenze bilden, vorausgesetzt, daß die Winkelgeschwindigkeit der Rotation oben und unten gleich ist. Diese Höhen von 28000 bis 42000 Kilometern sind jeglichen direkten Messungen unzugänglich. Aus Polarlichtmessungen wissen wir jedoch, daß die Atmosphäre in einer Höhe von 300 Kilometern noch solche Dichte hat, daß sie zu Leuchterscheinungen Anlaß geben kann. Der Beginn des Ausleuchtens niedergehender Sternschuppen liegt in Höhen von 200 bis 300 Kilometern, so daß man als ziemlich sicher annehmen kann, daß sich in jenen Höhen noch verhältnismäßig starke Spuren irdischer Atmosphäre befinden.

